Donnerstag 7. Juli 1932
Nr. 149. Jahrg. 1932

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sächsische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Terrorwahlen!

Im ganzen Reiche verstärkter Naziterror — Straßenkämpfe — Neue Zeitungsverbote gegen links!

Wieder Tote und Verwundete, neue Opfer des Naziterrors!

In Düsseldorf wird ein Kommunist von Nazis überfallen und durch einen Lungenstich fertiggemacht. In Duisburg Nazi-Strafexpedition nach dem Muster der Feuerüberfälle von Berlin und Leipzig. In der Woerthstraße schießen dort die Nazis einfach in Arbeiteransammlungen hinein. Handzettelverteilende Reichsbannerleute in der Königstraße in Düsseldorf werden überfallen, mehrere Beteiligte müssen sofort schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. Das polizeiliche Überfallkommando treibt die Arbeiter auseinander und schützt die Nazis. Im Düsseldorfer Stadtteil Neuß wird wieder Feuerüberfall der Nazis auf die Arbeiter. Die Polizei verhaftet an 20 Arbeiter! Im Berliner Südosten wird eine Putzmacherin aus einem Nazilokal angeschossen. Ein unbeteiligter Handwerker durch Nazischüsse schwer verwundet — Arbeiter werden verhaftet! In Zeitz Begräbnis eines bei der Provokation — über die wir berichteten — gefallenen SA-Mannes. Die Nazis fühlen sich durch die von ihnen zusammengezogenen SA-Mannschaften stark genug, eine „Nachtübung" abzuhalten mit dem deutlich erkennbaren Vorhaben, die Arbeiter und ihre Einrichtungen zu überfallen. Die Arbeiter sind aber auf dem Posten und verabreichen ihnen eine Tracht Prügel, die sie sobald nicht wieder vergessen werden. Die Schußwaffen der Nazis kommen nicht zur Geltung, KPD-Genossen, Reichsbannerkameraden und andere Arbeiter wehren sich mit den Fäusten — die Polizei verhaftet einen großen Teil der Arbeiter.

Das ist die Chronik nur eines Tages, und sie ist höchst unvollständig.

Wielange soll es so weitergehen?

*

Dazu neue Presseverbote gegen links. Nachdem das Reichsgericht das Verbot der „Kölnischen Volkszeitung" bestätigte, wird jetzt die „Frankfurter Volksstimme" der SPD verboten! Eine feine Nuance — der „Kölnischen" werden nur drei Tage Verbot aufgebrummt! Dem bürgerlichen Oppositionsblatt wird bestätigt, daß es die außenpolitischen Interessen gefährdet — es hatte zwar Herrn Brüning in der Anrufung des Geistes von 1914 überboten, aber Herrn Papen zu kritisieren gewagt — und den Reichskanzler verächtlich gemacht, jedoch nicht ganz so gefährdet und ganz so verächtlich gemacht, wie die verbotenen — Arbeiterzeitungen! Dafür ist aber jetzt die „Frankfurter Volksstimme" vom Oberpräsidenten von Hessen-Nassau 5 Tage verboten worden. Auch dieses Verbot erfolgt wegen „Verächtlichmachung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten", das SPD-Blatt hatte einen Artikel über „Nationale Würdelosigkeit in Lausanne" geschrieben. In diesem Punkte verstehen die Papen-Leute keinen Spaß. Schmutzkonkurrenz wird nicht geduldet.

Wie lange kann das so weitergehen?

*

Beschleunigte Bildung des Arbeiterblocks ist die einzig mögliche Abwehr!

Wiederum liegen Berichte vor über Orte, wo er zustande gekommen ist. Wieder sagen sie, daß dort die Arbeiter, die jahrelang abseits standen, in hellen Scharen wieder zur Klassenfront strömten. Daß gewaltige Kräfte ausgelöst werden, daß die braune Mordpest von der Straße verschwinden muß, eine neue Siegeszuversicht die Arbeiter erfüllt.

Aber immer noch fehlen die größten Zentren der Arbeiterbewegung in Deutschland. Immer noch fehlen, Berlin, Hamburg, die meisten rheinischen Städte, fehlen Sachsen und Mitteldeutschland!

Nur noch wenige Tage, und die Möglichkeit der Herstellung einer gemeinsamen Reichsliste zur Stärkung der außerparlamentarischen Front des Arbeiterblocks ist vertan. Alle Kraft in den Organisationen eingesetzt, damit sie zustande kommt.

Her mit dem Arbeiterblock — gegen die Terrorwahlen!

Breslauer Naziterror wird amtlich zugegeben!

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages wurde ein SPD-Antrag angenommen, der die Schuld der Nazis an den Breslauer Terroraktionen feststellt. Nachdem ein Regierungsvertreter festgestellt hatte, daß die Nazis zweimal versucht hätten, das Reichsbannerbüro zu stürmen, mußte auch das Zentrum für den Antrag stimmen.

Wirkliche Abhilfe wird aber nur der proletarische Selbstschutz des Arbeiterblocks bringen.

Nazi-Feme aufgedeckt!

Röhm sollte von eigenen Leuten für 100 Mark Handgeld ermordet werden

München, 6. Juli. Vor dem Strafgericht München stand der Nazi-Fabrikant Danzeisen aus Pasing. Er war angeklagt wegen Aufforderung zum Mord. Das Gericht verurteilte ihn, obgleich er des Verbrechens überführt ist, nur zu 6 Monaten Gefängnis, rechnet die volle Untersuchungshaft an und hebt den Strafbefehl auf. Der Prozeß diente so vielmehr der Vertuschung als der Aufdeckung der Fäden der Nazifehmeorganisation.

Aber dennoch ist eine solche Organisation aufgedeckt!

Die ungeheuerliche Tatsache, daß die Nazipartei über eine Organisation verfügt, die bereits Anstalten getroffen hatte, ihren obersten Stabschef, den Hauptmann Roehm, ferner den Grafen du Moulin und einen gewissen Bell aus Krottenmühl (bekannt aus dem Tscherwonnez-Fälscherprozeß) zu beseitigen! Während also der Fehmemörder Heines und seine Rollkommandos, während die Stägmann, Weizel den Journalisten Klotz, den Vervielfältiger der Roehmbriefe, zur „Ehrenrettung" Roehms feige überfielen und im Reichstag niederschlugen, arbeitete ein anderes Rollkommando der gleichen Partei bereits an der Beseitigung des Roehm! Ein wahrhaft ungeheuerlicher Kloakensumpf in dieser „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei".

*

Die „Münchner Post" enthüllte am 8. April die Existenz einer Fehmeorganisation im braunen Haus. Eine unbeschreibliche Hetze erhob sich damals gegen sie. Die Nazis stritten ab, jedoch am gleichen Tage mußte der von der „Münchner Post" genannte Fabrikant Danzeisen aus Pasing verhaftet werden. Als er jetzt vor dem Gericht stand, beschuldigte ihn die Anklage, vor der Reichspräsidentenwahl mit dem

Versprechen einer Prämie von hundert Mark,

den noch heute der NSDAP angehörigen Hilfsarbeiter Güntsch aufgefordert zu haben, bei

Beseitigung von mißliebigen Personen aus der Leitung der NSDAP mitzutun!

Die Anklage hebt ferner einen Brief an einen gewissen Horn aus Karlsruhe hervor, der unter gleichzeitiger Uebersendung von hundert Reichsmark „Reisespesen" nach München beordert worden war, und der das Ansinnen enthielt, den Bell aus Krottenmühl, den Grafen du Moulin und den Hauptmann Roehm zu beseitigen!

Der Reichstagsabgeordnete Major Buch war in den Mordplan eingeweiht!

Der Angeklagte bestritt die Aufforderung an Güntsch, ebenso die Abfertigung des Briefes. Ein Stuttgarter Parteigenosse (!) offenbar ein anderer Fehmemann, den er nur unter dem Decknamen „Teck" kennen will, habe den Auftrag an Güntsch erteilt. Den Brief an Horn will er ebenfalls nicht geschrieben haben, denn dieser sei statt mit seiner Unterschrift mit seiner allgemein bekannten Chiffrebezeichnung unterzeichnet, „die nur bis Dezember 31 galt", während er schon lange Zeit vor Versendung des Briefes eine andere Chiffre (!) in der Partei erhalten habe. Er sei auch nicht mehr Mitglied der Partei".

Hier ist also von dem Fehmeleiter Danzeisen aus dem Braunen Haus trotz seines Leugnens klipp und klar zugegeben, daß, wenn nicht er selbst, so ein Stuttgarter Nationalsozialist, eben jener „Teck", den Auftrag zur Ermordung seines Stabschefs bereits gegeben hat! Es ist weiter festgestellt und gerichtsnotorisch, daß aus München aus dem braunen Haus ein Chiffrebrief an den Nazi Horn ging mit hundert Mark „Reisespesen", der den Stabschef des braunen Hauses zu beseitigen den Auftrag gab! Es ist gleichgültig für die Einschätzung der Mörderpartei, welche Personen die Fehme bilden, entscheidend ist, daß sie diese Fehmeorganisation aufweist und daß man bei Hitlers nicht sicher sein kann, ob einen nicht die eigenen Pg.s abzuknallen gedenken.

Die Erneuerer Deutschlands im Prozeß verlegten sich aufs Leugnen. Günsch wollte entgegen seinen früheren Aussagen sich an nichts mehr innern. Horn bekundete, daß er den Brief, der ihm vorher angekündigt worden war, durch die Frau des Angeklagten erhielt (!!) und daß er ihn ernstgenommen habe. Er habe ihn daher dem Bedrohten übergeben. Der Bedrohte. Graf du Moulin, erklärte als Zeuge, er habe gleich die Empfindung gehabt und sei auch jetzt noch der Meinung, daß der Brief tatsächlich auf der Schreibmaschine des Angeklagten hergestellt worden sei!

Herr Roehm selbst, Hitlers nächster Vertrauensmann, sagte im Prozeß aus, daß nach seiner Ueberzeugung Bell, dann sein Adjutant Moulin, schließlich er selbst beseitigt werden sollten und daß Major Buch eingeweiht gewesen sei!

Daß die Nazis, wie es jetzt gerichtsnotorisch ist, sich selbst um die Ecke bringen, läßt einen Schluß zu, wie wenig Hemmungen sie haben dürften, ihre Gegner durch Mord und Meuchelmord zu erledigen!

Es hat außer Mussolinis Mörderbanden noch keine blutbefleckterre und korruptere Partei gegeben wie die — NSDAP!

Ein neuer englischer Rettungsversuch

Lausanne, 5. Juli. Gegenstand der heutigen Verhandlungen, von denen die bishe letzte zwischen Mac Donald und Herrio etwa 2¼ Stunden dauerte, war

ein englischer Vermittlungsvorschlag

der auf eine Anregung Sir Walter Laytons zurückgeht. In diesem Vorschlag hat man auf den ursprünglichen insoweit zurückgegriffen, als es sich nicht mehr um Annuitäten, sondern um eine Bondsausgabe handelt.

Der Betrag, der einstweilen genannt wird, beläuft sich auf 1,6 Milliarden zu 90 Prozent und eine weitere Milliarde zu 95 Prozent, für die offenbar der Ausgabekurs zugleich die Garantie darstellt, die in Gestalt der dreijährigen Schonfrist ursprünglich Deutschland gewährt werden sollte.

Der Zinsfuß von 5 Prozent und die Amortisation von 1 Prozent scheint in diesem Vorschlage unverändert geblieben zu sein. Eine wichtigere Rolle als der Anfangstermin, der durch den festgelegten, verhältnismäßig hohen Ausgabekurs, durch die internationale Finanzlage und die deutsche Wirtschaftslage bestimmt ist, spielt dagegen der Endtermin, da vorgesehen sei, die bis zu einem solchen Termin nicht untergebrachten Bonds als annulliert zu behandeln.

Diese Einzelheiten seien jedoch mit allem Vorbehalt wiedergegeben, da der Vorschlag zunächst noch Gegenstand der Erörterungen von beiden Seiten ist und auf ihn nur zurückgekommen wird, wenn die Bereitschaft nicht nur von deutscher Seite, sondern auch von französischer Seite erklärt wird.

Andere Details dieses Planes sind einstweilen noch nicht besprochen worden. Dagegen wurden deutscherseits Anregungen und Wünsche in dieser Hinsicht, also besonders in Bezug auf politische Dinge, vorgetragen; ebenso Anregungen, zum Schema über die Ausgabe der Bonds. Es handelt sich dabei in jedem Falle nur um Reichsschuldverschreibungen, d. h. die Reichsbahn scheidet vollständig aus.

Man spricht davon, daß im Laufe des heutigen Abends noch weitere Besprechungen stattfinden, die bisher stets zwischen Mac Donald und den beiden Parteien getrennt voneinander geführt wurden und vorläufig noch nicht zu einer Aussprache zu Dreien Gelegenheit gegeben haben.

Das Ausland ist stutzig

Wie der Lausanner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" meldet, hat der deutsche Vorschlag eine wenig günstige Aufnahme gefunden. **Die Engländer zeigen sich zum Teil befremdet, daß die deutsche Delegation den Standpunkt, Deutschland sei jetzt und in absehbarer Zukunft zahlungsunfähig, mit diesem Angebot verlassen und die Fortführung der Pläne erschwert habe, die auf eine Beseitigung aller baren Zahlungen unter Schaffung eines bloßen Besserungsscheins hinauslaufe. Es spiele eine Rolle, daß die Engländer befürchten, eine feste deutsche Zahlung würde die Aussichten für eine volle Befriedigung der deutschen Privatgläubiger weiter reduzieren.**

In Kreisen der französischen Delegation scheint man, demselben Korrespondenten zufolge, gleichfalls überrascht, daß die deutsche Delegation, nachdem die Gläubiger Deutschland keine weiteren fixen Zahlungen mehr zumuten zu können geglaubt haben, nun wieder auf das System eines festen Zahlungsversprechens zurückkomme. Sie bemängeln die Geringfügigkeit der gesamten Zahl und stellen fest, daß sie sich nicht weit über die Rückzahlungsverpflichtungen aus der Hoover-Annuität erhebe.

NSDAP und geistige Arbeiter

Von Walter Fabian, Dresden

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist ausgezogen, die „Arbeiter der Stirn und der Faust" zu sammeln. Vielleicht besagt schon diese Formulierung allerhand: produktive, schöpferische Arbeit wird ja im allgemeinen weder mit der Faust, noch mit der Stirn geleistet. Doch lassen wir das; Tatsache bleibt, daß es der nationalsozialistischen Bewegung gelungen ist, einen erheblichen Teil der „geistigen Arbeiter" Deutschlands für sich zu gewinnen.

Die Gründe liegen im Wirtschaftlichen und im Psychologischen. Die Not dieser Kreise, der Akademiker, des akademischen Nachwuchses, der freien Berufe, ist bekannt. Die Niedergangsepoche des Kapitalismus mußte diese Schichten, die jahrzehntelang die Nutznießer des kapitalistischen Aufstieges gewesen waren, hart treffen — besonders hart, weil sie mehr zu verlieren haben als die Arbeiter und andererseits weniger Widerstands- und Rettungsmöglichkeiten besitzen als die „Wirtschaftsführer". Die Wirtschaftskrise hat ihnen den Boden ihrer Existenz unter den Füßen weggezogen, und die Perspektiven der nächsten Zukunft des Kapitalismus machen die Lage der Aelteren wie der Jüngeren gleich hoffnungslos.

In dieser Situation hätten sie den Weg zum Sozialismus, zur Einreihung in die Arbeiterbewegung finden können — aber die psychologischen Hemmungen sind viel zu stark, alles in ihnen sträubt sich dagegen, die Tatsache der Proletarisierung und der Verbundenheit mit dem allgemeinen proletarischen Schicksal anzuerkennen und damit Vorstellungen aufzugeben, die seit frühester Kindheit genährt und liebgewonnen wurden. Wobei nicht vergessen werden darf, daß die Haltung der Arbeiterorganisationen, ihr Versagen gegenüber den Aufgaben, die ihnen gestellt waren, und manche unliebsamen Erscheinungen in den Reihen der Arbeiterbewegung die Werbekraft des sozialistischen Gedankens stark beeinträchtigten.

So wandten sich diese Schichten, deren politische Bildung mindestens seit dem Ende der bürgerlich-demokratischen Freiheitsbewegung des vorigen Jahrhunderts höchst mangelhaft war, denen zu, die ihnen für ihre Not die faßlichste Erklärung und für ihren Zorn den bequemsten Blitzableiter boten. Das eigene Schicksal als Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung zu erkennen und anzuerkennen — das hätte den Bruch mit allen Traditionen, eine unerhörte geistige Wendung erfordert; da war es viel einfacher und beruhigender, die Schuld dem erfolgreicheren jüdischen Konkurrenten zuzuschieben. Ausschaltung der jüdischen Aerzte, Rechtsanwälte, Journalisten, Schauspieler, Musiker usw. — das ist eine genau so glaubwürdige Rettungsparole für die geistigen Arbeiter wie die Beseitigung der Warenhäuser und Konsumvereine für den gewerblichen Mittelstand. Der Einfluß der Hochschulen, die dank den der NSDAP so verhaßten liberalen Grundsätzen eine Stätte geistiger Inzucht geworden sind, tat das Seinige, um den dauernden Zustrom des geistigen Nachwuchses zum Nationalsozialismus zu sichern.

Diese Schichten nahmen nicht den geringsten Anstoß an dem Ungeist der nationalsozialistischen Bewegung. Hier zeigt sich, daß die Masse dieser Leute sich sehr zu Unrecht zu den geistigen Arbeitern zählt: ihr Befähigungsnachweis ist lediglich durch den Erwerb von Zeugnissen und Schmissen erbracht. Innere Verbundenheit mit deutscher Kultur der Vergangenheit und Gegenwart, geistiger Besitz an deutscher Dichtung, Kunst, Musik, gar Beziehungen zu anderen Kulturkreisen — das alles „betrifft sie nicht". Adolf Hitlers „Mein Kampf" entspricht und genügt ihren geistigen Bedürfnissen.

Nirgends wird die deutsche Sprache so brutal, so gefühllos vergewaltigt wie in den Zeitungen der Nationalsozialisten und in den Reden ihrer Führer. Nicht einer ihrer Männer zeigt auch nur in bescheidenem Maße schöpferische Kraft; noch ist keine einzige beachtliche geistige Leistung aus diesen Kreisen gekommen. Statt dessen Vorliebe für den übelsten Kitsch: kindische Schmarren in den Feuilletons ihrer Presse, Sekundaner-„Dichtungen" auf den „deutschen" Bühnen der NSDAP, Schultze-Naumburg als Führender in der bildenden Kunst und nichts als geräuschvolle Militärmusik in ihren Konzerten. Beethoven, Haydn, Mozart, Bach bleiben den verfluchten jüdischen Dirigenten vorbehalten — die deutschesten aller Deutschen haben zu diesen Gewaltigen im Geiste so wenig Verbindung wie zu Rembrandt oder Dürer, zu Lessing oder Hebbel.

Ihre Kunstkritik ist nicht ein Zweig der geistigen Arbeit, sondern ein Ergebnis der Rassenschnüffelei: „Wir lehnen jeden Juden ab, und sei er noch so begabt und anständig. Ueber jeder künstlerischen Debatte steht die Rasse." Auf solche Weise enthebt man sich freilich geistiger Strapazen.

Dabei ist selbst auf ihrem ureigenen Gebiet, der Rassenforschung, jede beachtliche, selbständige geistige Leistung zu vermissen. Wo wäre die NSDAP ohne Chamberlain und Gobineau, deren Rassenzugehörigkeit doch wohl nicht ganz den Vorschriften des Parteiprogramms entspricht? Sie wäre auf Dr. Hans Günther angewiesen, dem der gewiß nicht marxistisch verseuchte Senat der Universität Jena anläßlich seiner Berufung zum Professor öffentlich bescheinigte:

„Der Volksbildungsminister und die ihm nahestehenden Persönlichkeiten haben den Schriftsteller Dr. Hans Günther der philosophischen Fakultät und auch der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät bald als Professor für Philosophie, bald als Professor für Vorgeschichte, als Professor für Eugenik und als Professor für Rassenkunde präsentiert. Auch eine Professur für Anthropologie sollte für ihn in Betracht kommen. Die weit überwiegende Mehrzahl der Fakultät konnte sich aber nicht davon überzeugen, daß Dr. Günther über die wissenschaftliche Schulung verfügt, die man bei einem Universitätslehrer als Voraussetzung für eine erfolgreiche Betätigung in Forschung und Lehre ansehen muß. Sie konnte sich noch weniger davon überzeugen, daß in seinen bisherigen Schriften wissenschaftliche Originalleistungen enthalten seien."

Günther und Feder: das sind die Fichte und Hegel der NSDAP, der Partei, die die Mehrzahl, die Masse, die Quantität, freilich nicht die Qualität der geistigen Arbeiter Deutschlands an sich gezogen hat.

Dagegen helfen nicht logische Widerlegungen, dagegen hilft am wenigsten der immer mehr zu beobachtende Versuch geistiger Anpassung an die nationale Ideologie und Terminologie. Dagegen hilft nur die unerbittliche Klarheit des marxistischen Denkens und die revolutionäre Aktion des gesamten Proletariats, die mit dem kapitalischen System auch dem parasitären Dasein dieser „Arbeiter der Stirn" ein Ende bereiten wird.

An alle Leser der SAZ!

Liebe Genossen! Durch die Umstellung des Zeitungsversandes von Berlin nach Breslau werden sich in den ersten Tagen eine Reihe von Unregelmäßigkeiten ergeben, die erst beseitigt werden müssen. Wir bitten deshalb alle Leser, die besonderen Schwierigkeiten zu berücksichtigen und der Zeitung die Treue zu halten, selbst wenn sie einmal nicht oder erst später erscheint.

Versammlungsanzeigen und weniger allgemein wichtige Berichte aus den verschiedenen Bezirken können vorläufig in der SAZ nicht untergebracht werden. Wir bitten unsere Mitarbeiter, nur die allerwichtigsten Meldungen an Kurzberichten an uns zu senden.

Meldungen über Unregelmäßigkeiten sofort nach Breslau 6, Kleine Holzstr. 3, melden.

300 u. 400 — macht 1700!

Einheitsfront in Schmölln.

Lange ist es noch nicht her, als KPD und SPD sich so stark fühlten, daß sie unser Einheitsfrontangebot kaltlächelnd ablehnten. „Kommt gar nicht in Frage", hieß es damals. „Wird den Mitgliedern gar nicht bekanntgegeben!" — Mittlerweile hat die Entwicklung dahin geführt, daß der Ortsausschuß des ADGB an die KPD und SPD wegen einer gemeinsamen Demonstration gegen Faschismus und Papen-Regierung herantrat. Nach einigen Sitzungen, in denen man sich um einigen Kleinkram streiten mußte, kam auch endlich ein vernünftiger Beschluß zustande. So marschierten denn die Schmölliner Arbeiter endlich nach langer Zeit wieder einmal geschlossen auf. Brachten sonst die Kommunisten 200—300 Mann und die SPD vielleicht 400 Mann auf die Beine, so marschierten in Einheitsfront 1700 Proletarier auf. Mit großer Begeisterung und Kampfentschlossenheit marschierten Reichsbanner und Antifa, Turnerschaft und Rot Sport, Freie Gewerkschafter und RGO-Leute auf. Was niemand gedacht hatte, wurde Wirklichkeit: Proletarier hatten sich als Klassengenossen gefunden. Ohne sentimentalen Brei, die sachlichen Gegensätze nicht vergessend, sprachen Gen. Vogt (KPD) und Gen. Birl (SPD) aufrüttelnde Worte. Daß diese Demonstration ihren Eindruck auf die Nazis gemacht hatte, verriet am anderen Tage die Lokalpresse voller Kummer. So aber soll es sein und muß es bleiben! Mögen die Arbeiter dafür sorgen, daß nicht die Bürokraten in den Parteien und im ADGB zuschanden machen, was aus dem Willen der Masse entstanden ist!

Reichenbach, Mylau, Netzschkau, Rotschau marschieren!

Die gepflogenen Verhandlungen zwecks Herbeiführung der Einheitsfront zwischen SAP, KPD und KPO der drei Städte Reichenbach, Mylau, Netzschkau nebst Rotschau (Arbeitsgebiet) haben zu einem glücklichen Erfolge geführt. Es wurde einmütig beschlossen, alles Trennende zurückzustellen und die ganze Kraft der genannten Parteien auf den Kampf gegen den gemeinsamen Todfeind der Arbeiterklasse, den Faschismus, diesem größten Massenbetrug des 20. Jahrhunderts, zu konzentrieren. Als Auftakt hierzu findet am kommenden Sonnabend, nachmittags, ein Aufmarsch des Arbeitsgebietes statt. Die Demonstration nimmt von Netzschkau aus ihren Anfang, wohin sich die einzelnen Parteien begeben. Nach Durchzug der Stadt Netzschkau bewegt sich der Einheitsfrontzug nach Mylau, und dann anschließend nach Reichenbach, dort findet auf dem Markte eine Massenkundgebung mit Ansprachen statt.

Dieser gemeinsame Aufmarsch muß und wird wuchtig in seiner Art werden. Ein jedes Partei- und Schutzbundmitglied muß restlos zur Stelle sein; die KPD- und KPO-Genossen werden gleichfalls alles auf die Beine bringen. Ein jeder fordere die Arbeiter der Betriebe und sonstige Indifferente zur Teilnahme am Aufmarsch auf. Die näheren Stellzeiten werden noch örtlich bekanntgegeben.

Heraus auf die Straße! Zeigt dem Bürgertum und den faschistischen Horden die vereinte Kraft des Proletariats durch eine zahlreiche Beteiligung! Der Bruderzwist muß ein Ende haben — Kampf und nochmals Kampf unseren Todfeinden — das ist die Devise des Aufmarsches der Einheitsfront!

Einheit in Köslin

900 demonstrieren in Köslin

Eine Massenversammlung von seltener Einmütigkeit, von unbeugsamem Willen, das war die Versammlung des Kösliner Aktionsausschusses, dem angeschlossen sind die SAP, die KPD, der Ortsausschuß des ADGB und die Freidenker. Die Mauern, die jahrelang zwischen den Arbeitern der verschiedenen Richtungen künstlich aufgerichtet waren, müssen abgetragen werden, heute und morgen, in jeder Stunde, wenn die Arbeiterschaft nicht vom Faschismus auf Jahrzehnte hinaus in Fesseln geschlagen werden soll. Das war der Sinn der Ausführungen des KPD-Redners, Gen. Kraus, das war der Sinn der Worte unseres Gen. Willi Kuschel, das war der Sinn der Ausführungen der anderen Redner. Die über 900 Männer und Frauen spendeten begeisterten Beifall, wenn von allen Rednern das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt wurde. Und so sah die SAP ihre zähe Arbeit für die Schaffung des proletarischen Kampfblocks ein gewaltiges Stück vorwärts gebracht.

Als erste Vorbedingung zur Abwehr des Faschismus wurde der Massenselbstschutz propagiert. Herumgereichte Einzeichnungslisten wurden stark in Anspruch genommen.

In einer Entschließung wurde die Freilassung Karl v. Ossietzkis und die der vielen tausend proletarischen Gefangenen gefordert. Eine andere forderte, der KPD zu seinen Veranstaltungen das Volkshaus wieder zur Verfügung zu stellen, forderte die noch fehlenden Organisationen auf, sich dem Aktionsausschuß anzuschließen und verlangte von den Arbeitern die Vertretung dieser Dinge in den einzelnen Arbeitergruppen.

Jahrelang marschierte die Arbeiterschaft getrennt, am Mittwoch abend wurde der Wunsch und die Hoffnung vieler Proleten Erfüllung: Wir schlagen vereint! Stehend sangen zum Schluß alle begeistert und voll neuem Mut das alte Kampflied der Revolution: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!"

Am Ende der Einheitskundgebung kam es durch Naziprovokationen zu Zusammenstößen. Mehrere Arbeiter wurden schwer verwundet und mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Reichbannerkameraden und Kampfbundgenossen Arm in Arm in Stuttgart

Die Eiserne Front hatte für vergangenen Sonnabend zu einer Demonstration in Heslach aufgerufen, in jenem Stuttgarter Stadtteil, den die Nazis seit einem Jahr vergeblich zu erobern versuchen.

Als der Demonstrationszug der Eisernen Front sich aufzustellen begann, mußten die Führer der „Eisernen" feststellen, daß die Antifaschistische Aktion, Kampfbund, KPD, Prol. Klassenwehr, SJV, KJV, ebenfalls zur Stelle waren. In der Kundgebung der Antifaschistischen Aktion am Freitag in der Stadthalle, war unter großem Beifall beschlossen worden, sich dem Demonstrationszug der Eisernen Front anzuschließen. Die Führer der Eisernen Front mußten sich bereit erklären, den gemeinsamen Demonstrationszug durchzuführen. Der große Demonstrationszug rief eine helle Begeisterung hervor und zeigte der Arbeiterschaft, daß die Einheitsfront nicht nur notwendig, sondern sehr gut möglich ist.

Kampfbund und Reichsbanner zogen nach der Demonstration, die ein begeistertes Echo fand, Arm in Arm in die Stadt zurück.

*

Nach einer Naziveranstaltung kam es in der ganzen Stadt zu blutigen Zusammenstößen, die von den Nazis provoziert wurden. In der Hauptstätterstr. schossen Nazis aus den Wirtschaften. Einmütig wurden die Pöbeleien von den Proleten niedergeschlagen. Die Polizei nahm 80 Verhaftungen vor, in der Hauptsache Reichsbanner und Kampfbundgenossen.

Am Sonntag nachmittag kam es in Stuttgart-Feuerbach zu schweren Zusammenstößen zwischen Proleten und Nazis. Die Polizei schritt ein und machte von der Schußwaffe Gebrauch. Viele Verletzte wurden auf den Verwundetenstationen eingeliefert.

Die Front erweitert sich

In einer von ca. 400 Rentenempfängern besuchten Versammlung, die am 3. Juli im Meiningerhof-Saal stattfand, wurde von den Teilnehmern schärfster Protest gegen die Maßnahmen der Regierung und die unerträglichen Kürzungen der Renten der Opfer des Krieges und der Arbeit erhoben. Die Referenten, Kollegin Möhring, Jena und Gauleiter Riecke, Weimar, nahmen eingehend zu den Problemen Stellung und betonten vor allem, daß die deutschen Wähler nur noch einmal (am 31. 7.) Gelegenheit hätten, mit Hilfe des Stimmzettels über ihr Schicksal zu kämpfen. Pflicht sei es, klare Front gegen den Faschismus zu nehmen und die wirklichen Arbeiterparteien zu stärken. Vor allem müsse für die Einigkeit innerhalb der Arbeiterklasse gekämpft werden. Diese Ausführungen fanden lebhafteste Zustimmung bei allen Versammlungsteilnehmern. Die Versammlung beweist, daß immer weitere Kreise für das gewonnen werden, was allein noch Rettung bringen kann: Einheitsfront!

Kritik an der preußischen Polizei

Berlin, 4. Juli. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags trat am Montag nachmittag zusammen zur Beratung einer Reihe nationalsozialistischer Anträge, die sich in der Hauptsache gegen das Vorgehen der Polizei richten. Zunächst wurde ein Antrag mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der Deutschnationalen angenommen, der das Staatsministerium ersucht, die Verfügung, wonach sämtlichen Behörden Preußens und auch Gerichtsvollziehern verboten wird, amtliche Bekanntmachungen in Zeitungen mit bestimmter politischer Weltanschauung zu veröffentlichen, mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Von den gleichen Parteien wurde dem Antrage zugestimmt, wonach dem Polizeipräsidenten erneut eingeschärft werden soll, daß Polizeibeamte den Boden der Universitäten und sonstiger Hochschulen grundsätzlich nur mit vorheriger Erlaubnis des zuständigen Rektors betreten dürfen. Zu diesem Antrag wies Ministerialdirektor Klausener die Behauptung des nationalsozialistischen Berichterstatters zurück, daß die Polizeibeamten sich in Zivilkleidung in der Universität als agents provocateurs betätigt hätten.

Arbeitslose demonstrieren in Brüssel

Brüssel. Die belgischen Arbeitslosen veranstalteten heute vormittag einen großen Demonstrationszug, an dem etwa 15—20 000 Menschen teilnahmen. Der Sozialistenführer Vandervelde marschierte mit an der Spitze des Zuges. Mittags begab sich eine Delegation zum Justizminister, um ihm die Besorgnisse der Demonstranten wegen einer bevorstehenden Verordnung über die Arbeitslosenunterstützung zu übermitteln.

Kapitalisten umgehen die Zollmauern

Der parlamentarische Sekretär des Handelsamtes Hoare Belisha teilte im Unterhaus auf eine Anfrage mit, daß seit dem letzten November 144 neue Unternehmungen in Großbritannien von ausländischen Firmen errichtet worden seien und gegenwärtig in Betrieb seien. Eine Anzahl britischer Firmen habe ihre Produktion ausgedehnt, doch seien hierfür keine genauen Ziffern vorhanden.

Das sind die „Erneuerer"!

Am Sonntag überfielen Nationalsozialisten in Limbach bei Chemnitz ein Zeltlager des Reichsbanners und SAJ. Der Reichsbannerkamerad Marek wurde erschossen, 13 Personen schwer- und viele leichtverletzt. Am Tage der Beisetzung des erschossenen Kameraden erhielt die Mutter von unbekannten Schuften einen Brief folgenden Inhalts:

„Herzlichen Glückwunsch, daß der Landesverräter tot ist. Erst wenn sämtliche Lumpen-Genossen den gleichen Weg gegangen sind, wird es endlich in Deutschland besser werden, denn erst seit der Plebs regiert, von dem wir uns alles gefallen lassen mußten, sind wir ins Elend gekommen. Dreimal hurrah, wenn so ein Auswuchs verschwindet!"

Wir sind an viele Roheiten seitens der Nazihorden gewöhnt. Diese aber ist entschieden eine Sonderleistung.

Schüsse in Essen

Essen. Am Sonntag, gegen Mitternacht, wurden von Unbekannten an drei Stellen der Stadt Schüsse auf Polizeibeamten und auf Nationalsozialisten abgegeben. Der Polizeiwachtmeister Zingrebe wurde durch einen Streifschuß am linken Fuß verletzt. Ein Verdächtiger wurde festgenommen.

In der Nacht zum Montag wurde aus einem mit Rotsportlern besetzten Sonderzug, der von Essen nach Hagen fuhr, auf einen Personenzug, der vom Reichskriegertag kam, geschossen. Ein Anstreichermeister erlitt eine Fingerverletzung.

Anträge für die Amnestievorlage des Staatsrats

Berlin, 4. Juli. Zur Vorbereitung des neuen Amnestieentwurfs haben jetzt im preußischen Staatsrat die sozialdemokratische und die kommunistische Fraktion im wesentlichen die gleichen Anträge eingebracht, die seinerzeit schon von ihren Landtagsfraktionen vorgelegt worden sind. Außerdem ist ein Entwurf der Fraktion Arbeitsgemeinschaft in Vorbereitung. Diese Anträge werden die Grundlage für die Ausarbeitung des Amnestiegesetzentwurfs des Staatsrats bilden.

Keine Listenverbindung der Mitte

Der „Demokratische Zeitungsdienst" teilt mit:

„Die Leitung der Deutschen Staatspartei hatte, um auf jeden Fall für die verfassungstreue Mitte die letzte Stimme bei der bevorstehenden Reichstagswahl mandatsmäßig auszuschöpfen, Verhandlungen mit dem Zentrum angebahnt, um eine technische Zweckverbindung auf einer gemeinsamen Reichsliste herzustellen. Der Vorstand der Zentrumspartei hat jedoch jetzt beschlossen, ohne Listenverbindungen in den Wahlkampf zu gehen. Die Deutsche Staatspartei wird nun alle übrigen praktischen Möglichkeiten eines solchen Versuchs prüfen."

„Wir steigen trotz Haß und Hohn . . .“

Ohne besonders die Werbetrommel zu rühren, ohne großangelegte und aufgezogene „Werbetage“ und „-Wochen“ verzeichnet unser Parteisekretariat am 1. Juli für die letzten Monate

401 Neuaufnahmen.

In aller Stille, ohne viel Aufsehens haben unsere Funktionäre gearbeitet und diesen bemerkenswerten und nachahmungswürdigen Erfolg erzielt. Diese überwältigende Zahl von Neuaufnahmen ist uns gleichzeitig der Beweis für die Richtigkeit unserer Politik und unserer Arbeit. Sie soll uns aber darüber hinaus ein weiterer Ansporn für unsere Tätigkeit sein.

Wer leitet die antifaschistische Aktion?

Wer führt die rote kämpfende Einheitsfront?

Die SAP!

Wählt daher Liste 17

Eingefrorene Posthorntöne u. abgeguckte Maskerade

Eiserne Front in der Jahrhunderthalle

Die Eiserne Front Breslaus hatte zum Dienstag-Abend zu einer Kundgebung in der Jahrhunderthalle aufgerufen, zu der Tony Sender und Kurt Heinig als Referenten aufgeboten waren. Insgesamt mochten — hoch gerechnet — etwa 3000 Männner und Frauen dem Rufe gefolgt sein. Die Versammlungstechnik war eine allzu deutliche Nachahmung der Faschistenmethoden mit dem unverkennbaren Zweck, zwischen Führung und Versammelten einen Kontakt herzustellen. Aber gemeinsam auf Kommando ausgestoßene „Freiheit“-Rufe und wehende Fahnenwälder mit dem Dreipfeil allein schaffen das eben nicht. Die Versammelten blieben kalt und kühl. Auch die temperamentvoll vorgetragenen Ausführungen von Tony Sender rauschten nur wie eingefrorene Posthorntöne an ihnen vorbei. Allzu sehr mochten sich die Versammelten erinnern, daß ähnliche Klänge noch jeden Wahlaufmarsch begleitet haben. Die Frage, wie es überhaupt möglich war, daß heute wider dieselben Kreise das Kommando führen, die im November 1918 vertrieben worden waren, wurde natürlich aus guten Gründen nicht gestellt, lag aber sichtbar auf aller Lippen.

Wir fordern Einheit!

Erwerbslose Buchdrucker an den ADGB.

Am 5. Juni fand eine Erwerbslosen-Versammlung der Buchdrucker statt. Es referierte Kollege Sporn. Mit überwältigender Mehrheit wurde eine von unseren Genossen eingebrachte Resolution angenommen, die nach einigen kurzen Einleitungssätzen über die politische Lage folgende Forderungen aufstellt, die an den ADGB gerichtet sind:

„. . . Wir fordern den ADGB, Ortsausschuß Breslau, auf, gegen diese reaktionären und die Arbeiterklasse vernichtenden Maßnahmen den Kampf auf breitester Grundlage zu organisieren. Wir erwarten, daß der ADGB auf dem schnellsten Wege die Leitungen aller wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Organisationen zusammenruft, damit endlich die gesamten Kräfte der Arbeiterklasse in Bewegung gesetzt werden. Heute geht es um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung. Deshalb: Alles Trennende muß in den Hintergrund treten, gemeinsame Gefahren und Aufgaben müssen uns zusammenführen. Die arbeitslosen Kollegen verpflichten sich, den ADGB bei der Schaffung der überparteilichen, proletarischen Einheitsfront aufs tatkräftigste zu unterstützen.“

Der Vorsitzende, Kollege Sporn, hatte einen Abänderungsantrag eingebracht, demzufolge die Resolution dem Bezirksvorstand als Material überwiesen werden sollte. Der Abänderungsantrag fand keine Annahme.

Wir begrüßen diesen Schritt der Buchdruckerkollegen. Er bedeutet einen weiteren Schritt zur Auflockerung des ideologischen Bodens für den Einheitsfrontgedanken.

Wieder eine Firma pleite

Breslau, 5. Juli. Das Wolffbüro meldet: Die Firma Adolf Kreutzberger, Breslau, Reuschestraße, Herren- und Knabenkleiderfabrik, hat sich gezwungen gesehen, ihre Zahlungen einzustellen.“

Der Kampf breitet sich aus

Die Schuharbeiter von Oels ebenfalls im Streik

Gestern meldeten wir bereits vom Streik bei Wohlauer. Jetzt können wir ergänzend berichten, daß auch die Schuharbeiter in Oels das Ansinnen der Schuhfabrikanten mit Streik beantworten.

Als die Kollegen der Belegschaft Klemm-Oels Montag früh in den Betrieb kamen, wurde ihnen durch Aushang bekannt, daß sie von nun an 22 % weniger Lohn erhalten. Darauf traten sämtliche Kollegen in passive Resistenz. Als der Inhaber der Schuhfabrik Klemm gegenüber dem Betriebsrat den Herrn-im-Hause-Standpunkt hervorkehrte, verließ die Belegschaft geschlossen den Betrieb.

Die Verhältnisse in der Schuhindustrie spiegeln die Lage der Arbeiterbewegung getreulich wider. Durch fortgesetzten Kampf erreichten die Schuharbeiter einen Spitzenlohn von 0,95 Mark die Stunde. Im April 1931 wurden die Löhne auf 0,90 Mark gekürzt. Dann kam die berüchtigte Dezember-Notverordnung, woraufhin die Schuhfabrikanten die Löhne um volle 15 % abbauten. An Stelle der damals versprochenen Preissenkung kamen Preiserhöhungen. Dennoch fordern jetzt die Schuhindustriellen einen weiteren Lohnabbau von über 13 % im Reich, obwohl die Preise für Rohmaterial in der Schuhindustrie kolossal gesunken sind. Im Rahmen dieses brutalen Angriffs nehmen die schlesischen Unternehmer eine besonders provokatorische Stellung ein. Sie fordern nicht nur 22 % Lohnabbau, sondern wollen den gesamten Reichstarifvertrag für Schlesien außer Kraft setzen.

Diese Absichten haben den stärksten Widerstand der Kollegen hervorgerufen. Der Kampf wird in mustergültiger Geschlossenheit geführt. Doch dürfen wir nicht verschweigen, daß die Unternehmer die besseren Trümpfe in der Hand haben; sie führen den Kampf politisch, sie bedienen sich des Staates, während der Zentralverband der Schuhmacher diesen Kampf rein gewerkschaftlich führt. Daß der Schlichtungsausschuß etwa die Interessen der Arbeiterschaft berücksichtigt, daran glaubt doch heute kein Mensch mehr. Ein Angriff auf den Tarifvertrag müßte von allen Gewerkschaftsverbänden gemeinsam abgewehrt werden. Die gesamte Arbeiterschaft hat das dringende Interesse, — die Schlichtungspraxis zu beseitigen.

Trotzdem sind die Chancen für die streikenden Kollegen ziemlich günstig.

Durchsichtige Verleumdungen!

Folgenden Artikel, der am 5. Juli in der „Volkswacht“ erschienen ist, geben wir wörtlich wieder:

Um die Einheitsfront?

Von einem Arbeitersportler wird uns geschrieben: In der gestrigen „Volkswacht“ wird unter der vorstehenden Ueberschrift auch darauf hingewiesen, daß eine kleine Gruppe von KPD-Leuten am Sonntag während des Vorbeimarsches der Eisernen Front am Nikolaitor vor der Schlesischen Sportzentrale, Friedrich-Wilhelm-Straße, Posten gefaßt und dort die Demonstrierenden der Eisernen Front mit Schmährufen gegen Severing und ungereimten Sabbeleien gegen die Eiserne Front belästigte. Dem weniger Eingeweihten ist es vielleicht nicht klar geworden, warum die Kommunisten sich ausgerechnet vor der „Sportzentrale“ aufpflanzten. Wer aber wie wir Arbeitersportler Gelegenheit hat, in den Betrieb der Sportzentrale hineinzuschen, wer vor allem die Einstellung ihres Geschäftsführers Herrn Seewald kennt, dem ist es nicht verwunderlich, daß dort und gerade dort die Kommunisten mit ihren großen, übel aufgemachten Transparenten ihr trauriges Gewerbe ausübten. Bei all diesen Arbeiterzersplitterern ist es ja eine Selbstverständlichkeit, daß sie ihre jammervolle Agitationswalze nur dort herunterdrehen, wo Arbeiter zu finden sind. Auch dann, wenn sie angeblich gegen den Faschismus demonstrieren, sehen sie zu, den Faschisten möglichst weit vom Schuß zu bleiben. Es hat bis heute jedenfalls noch niemand etwas davon gehört, daß die KPD oder ihre Einheitsfront-Helfershelfer einmal zur Bischofstraße oder vor die anderen braunen Hüuser gegangen wären, um dort für die Einheitsfront zu werben. Wie sie ja überhaupt die Abwehr der braunen Mordpest den Angehörigen der Eisernen Front überlassen, unter deren Schutze sie es sich dann leisten können, auf eben diese Eiserne Front nach Herzenslust zu toben und zu schimpfen.

Ob die Leitung des Arbeiterturn- und Sportbundes in Leipzig damit einverstanden ist, daß ihr hiesiger Vertreter, Herr Seewald, aus der Filiale des Arbeitersportbundes ein politisches Zentrum für Kozis und Sapler und andere „Klassenkämpfer“ macht, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls scheint es uns an der Zeit zu sein, daß der Bundesvorstand in Leipzig Herrn Seewald und seinen Arbeitseifer, den er mit viel größerem Erfolg besser auf das ihm anvertraute Geschäft übertragen sollte, genauer unter die Lupe nimmt.

Nach Rücksprache mit dem Genossen Seewald stellen wir folgendes fest:

1. Neben der Sportzentrale, die Friedrich-Wilhelm-Str. 47 ist, befindet sich Friedrich-Wilhelm-Str. 45 das Büro der IAH und eine Uebungsstelle der roten Sportler.
2. Genosse Seewald war am Sonntag den ganzen Tag mit seiner Familie an der Oder.
3. Der Lokalredakteur Ludwig hat den Genossen Seewald am Sonntag an der Oder gesehen.

Vor einigen Wochen mußten wir bei einer ähnlichen Verleumdung gegen unseren Genossen Kirstein den Lokalredakteur der „Volkswacht“, Ludwig, einen Verleumder, Lumpen und Ehrabschneider nennen.

Wir sehen uns leider gezwungen, das zu wiederholen, um solche lichtscheue Elemente vor die Schranken der Oeffentlichkeit zu ziehen. Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, merkt aber, daß dieser Artikel darauf abgestellt ist, den Genossen Seewald aus seiner Stellung zu bringen, weil er nicht alles das tut, wozu er nach dem „Ehrenkodex“ von SPD-Beamten verpflichtet ist. M. R.

Abfuhr der schlesischen Nazizeitung

Auf ein Gesuch der „Nationalsozialistischen Schlesischen Tageszeitung“, ihr städtische Inserate aufzugeben, hat die Zeitung nachstehende Antwort des Magistrats erhalten:

„Auf das in Abschrift am 27. v. M. uns zugegangene Schreiben Ihrer Anzeigenabteilung vom 2. v. M. teilen wir mit, daß wir einer Zeitung, welche unrichtige und beleidigende Behauptungen über die städtische Verwaltung und ihre Dezernenten aufstellt und Gegenäußerungen auf solche Behauptungen nicht abdruckt, städtische Inserate nicht aufgeben.“

Auf Wenceslausgrube sollen Notstandsarbeiten gemacht werden

Unsere Stellung zur Stillegung der Wenceslausgrube überhaupt, speziell aber über das Ersaufenlassen des Schachtes haben wir bereits wiederholt in unserer Zeitung bekanntgegeben. Jetzt hat sich — wie das Wolfbüro meldet — der Handelsausschuß des preußischen Landtages mit dieser Frage beschäftigt:

„Breslau, 5. Juli. Der Handelsausschuß des preußischen Landtages beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit Anträgen der Nationalsozialisten und der Kommunisten auf Fortführung der Notstandsarbeiten auf der Wenceslausgrube bei Neurode. Hierzu wurde nach längerer Aussprache ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, durch den das Staatsministerium ersucht wird, sofort die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Fortführung der Notstandsarbeiten auf der Wenceslausgrube sicherzustellen, um ein Ersaufen der Grube zu verhindern und sie als volkswirtschaftliches Gut zu erhalten. Es soll sofort Hilfe geleistet werden, und zwar zunächst durch Bereitstellung von 20 000 RM. Die Versuche zur Erkennung und Beseitigung der Gefahren und die Bemühungen der Regierung, die arbeitslosen Bergleute anzusiedeln, sollen fortgesetzt werden. Auch ein Zentrumsantrag wurde hierzu angenommen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß sie zur Ausführung wichtiger Notstandsarbeiten sofort ausreichende Mittel bereitstellt.“

Die Nazis, die früher entweder die Frage negiert oder aber zumindest eine zweideutige Stellung einnahmen, sind jetzt offensichtlich aus Propagandagründen dafür. Endeffekt der Beratungen: Annahme verschiedener Anträge — weiterwurschteln — tatkräftige zielklare Lösung, wirkliche Hilfe den hungernden Kumpels nicht erreicht.

Drittes Reich oder Sozialismus?

Öffentliche Versammlung der SAP.

Sonnabend, den 9. Juli, 20 Uhr, im Schießwerder

Redner: Max Seydewitz

Unkostenbeitrag: 30 Pf. Erwerbslose: 10 Pf

Genossen! Arbeitereltern!

Vom 2. Juli bis 18. Juli veranstalten die Arbeiterkinderfreunde, Breslau, in der herrlichen Umgebung vom Sportplatz von Peisterwitz eine

Kinderrepublik:

ROTER AUFBAU genannt.

Sie laden Euch alle am Sonntag, den 10. Juli, zu einem Besuch ein, der unter Massenbeteiligung der Peisterwitzer Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteien zu einem wuchtigen, kampffrohen und begeisterungsvollen Fest ausgestaltet werden soll. Die Ortsgruppe Breslau organisiert eine Radfahrergruppe, für Nichtradfahrer eine Lastautofahrt. Genaue Mitteilungen siehe in den kommenden Nummern der SAZ.

Bleibe niemand zu Hause, es ist ein Tag der höchsten Freude, wenn Ihr uns besucht.

Freundschaft!

Kinderrepublik Roter Aufbau

Helden des „Deutschen Tages“

Breslau, 5. Juli. Amtlich wird zu den gestern berichteten politischen Zusammenstößen in Kattern gemeldet: Am 3. Juli, nachmittags, fand in Kattern ein sogenannter „Deutscher Tag“ der Nationalsozialisten statt, zu dem mehrere hundert Teilnehmer erschienen waren. Im Laufe des Nachmittags versuchten die Nationalsozialisten zwei Fahnen der „Eisernen Front“, die an Häusern Katterner Bewohner angebracht waren, herunterzuholen. Eine Fahne wurde eingezogen, im anderen Falle kam der Versuch nicht zur Ausführung. Am Abend entstand auf der Dorfstraße eine Schlägerei zwischen Anhängern der Nationalsozialisten und der SPD, in deren Verlauf fünf Personen Kopf- und Schulterverletzungen erlitten, eine Person erhielt einen Lungenstich. Von den Verletzten gehören drei der nationalsozialistischen Partei, einer der SPD an. Eine Person gehört keiner Partei an.

Die Deutsche Kunstflugmeisterschaft in Breslau am kommenden Sonntag

Breslau, 6. Juli. Die größte Flugveranstaltung von Schlesien in diesem Jahre dürfte wohl die am kommenden Sonnabend und Sonntag in Breslau-Gandau stattfindende Deutsche Kunstflugmeisterschaft zwischen dem bisherigen Meister Gerd Achgelis und seinem schärfsten Gegner Fieseler bilden, die bekanntlich am 8. Mai in Berlin wegen schlechten Wetters nicht durchgeführt werden konnte. Breslau gehört neben Gleiwitz, Dresden, Königsberg und Mannheim zu den Städten Deutschlands, die die meisten Flugsportanhänger besitzen. Es müßte daher nicht Wunder nehmen, wenn am Sonntag nachmittag aus ganz Schlesien nicht weit über 100 000 Zuschauer den Gandauer Flugplatz umsäumen werden.

Bereits am Sonnabend nachmittag wird mit der Durchführung der Pflichtübungen zur Meisterschaft begonnen werden.

Der Sonntag wird um 15,30 Uhr mit dem in Breslau beliebten Staffelflug eingeleitet. Dann folgt eine interessante Kinderballonjagd. Die beste Schülerin Fieselers, die einzige Frau, die den Looping in geschlossener Form in Deutschland durchführt, Vera Bissing, wird darnach zu einem Schauflug starten. Nach einer Pause wird dann die Deutsche Kunstflugmeisterschaft mit dem Kürprogramm beendet werden. Meister Achgelis hat für die diesjährigen Meisterschaften einige neue Kunstflugfiguren vorbereitet.

Bemerkenswert ist, daß der Reinertrag dieser Veranstaltung der Stadt bezw. der notleidenden schlesischen Luftfahrt zugeleitet werden wird.

In einem Luftrennen über dem Flugplatz, also vor den Zuschauern, wird der Revanchekampf zwischen der Akademischen Fliegerschaft Breslau und dem Luftfahrtverein Gleiwitz ausgetragen. Bekanntlich gewann bei dem Flugtag in Gleiwitz Breslau dieses interessante Luftrennen.

Mit einem Fesselballonabschuß, der Bekanntgabe der neuen Kunstflugmeister, anschließendem Schauflug und nochmals drei Fallschirmabsprüngen wird diese größte sportliche Veranstaltung Schlesiens abgeschlossen.

Kleine Chronik der Einbrüche

Täglich laufen unzählige Meldungen über Einbrüche und Diebstähle ein. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise, die Verelendung breiter Schichten der Breslauer Bevölkerung haben ein Steigen der Kriminalistastistik zufolge. Wir können garnicht alle registrieren — darin mangelt es uns an Raum — wollen aber die wichtigsten registrieren.

Am 3. Juli wurde in die Wohnungs- und Geschäftsräume eines Anwohners in der Augustastraße eingebrochen. Den Tätern fiel reiche Beute in die Hände.

Am Sonntag wurde in eine Wohnung in der Moritzstraße eingebrochen. Die Täter entwendeten 3300 Mark und einen wertvollen Brillantring.

Brände in Schlesien

Ein Kind verbrannt

Militsch, 5. Juli. In der Nacht brach plötzlich in Wembowitz Feuer aus. Es brannte zunächst das Wohnhaus des Landwirts Heinrich Klose, dessen Besitzung ein Raub der Flammen wurde. Das Feuer, welches durch die mit frischem Heu gefüllten Stallböden reichlich Nahrung fand, griff alsbald auch auf die Besitzungen der Landwirte Gustav Rudolf I und Gustav Rudolf II über und legte sie zum Teil in Asche. Insgesamt brannten zwei Wohnhäuser, eine Stallscheune, ein Stall und mehrere kleine Ställe nieder. Auch der größte Teil des Inhalts der Gebäude wurde durch das Feuer vernichtet. Dieses Schadenfeuer hat auch ein Menschenleben gekostet. Das vier Monate alte Kind des Heinrich Klose konnte aus den Flammen nicht mehr gerettet werden. Auch die Ehefrau hat schwere Brandwunden erlitten. Sie konnte ihr Leben nur dadurch retten, daß sie in eine im Hofe befindliche Jauchegrube sprang. Die beiden anderen Kinder haben ebenfalls Brandwunden erlitten. Die Ermittlungen über die Entstehungsursache des Brandes sind noch nicht abgeschlossen. Nach Aussagen von Sachverständigen ist anzunehmen, daß die Brandursache in einem schadhaften Schornstein zu suchen ist.

Vier Waldbrände in einer Woche

Bunzlau, 5. Juli. In den Wäldern des Fürsten zu Solms brach zum viertenmale innerhalb einer Woche ein Waldbrand aus. Durch die ersten drei Waldbrände waren etwa 100 Morgen mittleren Waldbestandes vernichtet worden. Nun fielen wenige Minuten vom Dorfe Prinzendorf entfernt erneut 30 Morgen etwa 40jährigen Bestandes den Flammen zum Opfer, gerade als Landesgerichtsrat Dr. Seidel aus Liegnitz Zeugen über die Frage einer Brandstiftung vernahm. Wegen der ersten drei Waldbrände sind verschiedene Personen in Untersuchungshaft genommen worden.

Feuer zum neunten Male

Cosel, 5. Juli. In Jaborowitz brach das neunte Feuer in diesem Jahre aus. Diesmal brannte das Wohnhaus des Häuslers Franz Golla nieder. Von dem Inventar konnte nichts gerettet werden. Auch Stall und Scheune wurden stark beschädigt, konnten aber noch vor einem Uebergreifen des Feuers bewahrt werden. Ermittlungen wegen Brandstiftung sind im Gange.

Eine Mühle niedergebrannt

Bernstadt, 5. Juli. Die Wasser- und Motormühle in Patschky, Kreis Oels, ist in der Nacht vollkommen niedergebrannt. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein.

Brände infolge Blitzschlag

Gleiwitz. Am Sonnabend gegen 22 Uhr brannte infolge Blitzschlags die Scheune des Andreas Kunuzella vollständig nieder. Außerdem brannte der Dachstuhl des dem Landwirt Kusch gehörigen Hauses Hermann Löhns-Weg 1 ab. Kusch ist nicht versichert.

Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Breslau E. V.: Waldenburgfahrer! War bereits Sonnabend fahren will, muß seine Meldung bis Donnerstag, 7. Juli, wegen Quartierbeschaffung an Gen. E. Strietzel abgeben.
Abteilung Nord: Wer mit dem Auto fährt, Meldungen an Gen. Strietzel, Bahnfahrer an Gen. Hoffmann. Meldungen bis 10. Juli abgeben.
Wasserballspiele: Mittwoch, 6. Juli, 18.00 Uhr, findet im Stadionbad ein Werbewasserballspiel statt. Die Vereinsmannschaft spielt gegen folgende Auswahlmannschaft: Richter, Kretschmer, Sofka, Kunert, G., Paschel, Weber, Reichelt; Ersatz: Graholle, W., Rudnig. Schiri: Duchale.
Mittwoch, 6. Juli, 20.30 Uhr, im Poseidonbad Sitzung des Wasserballausschusses.
Donnerstag, 7. Juli, im Poseidonbad, 19.30 Uhr, Nord IV—Kanu I. Schiri: Geicke.

Freie Kanu-Vereinigung Breslau
Mittwoch, 20 Uhr, Vorstandssitzung in der Kanonenhofschule.
Freitag, den 8. Juli, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3; Telefon 56768.

Achtung, Distriktsführer! Wahlfondsmarken im Büro abholen!
Achtung, Kriegsopfer, Rentner, Invaliden, heraus zu der am Montag, den 11. Juli, nachmittags 6 Uhr, im Arbeiterheim, Rosenstr. 21, stattfindenden Versammlung.
„Stellungnahme zu dem neuen Rentenraub der Papenregierung."
Eintritt frei!
Einheitsausschuß der KPD, SAP, KPO.
Stadtkreis Nord.

SJV Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Freidenkerjugend, Gruppe West.
Heut abend 20 Uhr, im Heim Friedr.-Wilhelm-Str. 45, Aussprache über tagespolitische Fragen. Ref.: Gen. G. Brückner. Alle Genossen müssen erscheinen.

Achtung! Autofahrt in die Kinderrepublik „Roter Aufbau"
in Pelsterwitz bei Ohlau.
Abfahrt 7 Uhr früh am Sonntag ab Mauritiusplatz. Fahrkarten zum Preise von 1.00 Mk. sind spätestens bis Donnerstag bei den Helfern und in unseren Heimen zu haben! Radfahrer ab Sonntag früh 6 Uhr vom Mauritiusplatz.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde Breslau.

Abteilung 4. Achtung! Alle Nest-, Jung- und Rotfalken, die hier in der Stadt bleiben mußten, kommen Donnerstag, von 18—19 Uhr zur Klara Schmidt, Rotsürben Str. 12 I. Wir besprechen unsere Ferienfahrten.
Achtung, Eltern und Freunde, die am Sonntag, den 10. Juli zum Besuch nach der Kinderrepublik mit dem Lastauto oder Fahrrad fahren wollen, melden sich bis Donnerstag abend bei Klara Schmidt, Rotsürben Str. 12 I. Fahrpreis für die Autofahrt 1.— RM.

Verantwortlich: R. Pfaff, Breslau; für Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung", Breslau. Druck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 20602.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postscheckkonto Breslau 75789, oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 10292.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.

Mylau i. Vogtland — **Freitag, 8. Juli**

Schutzbundaufmarsch der Städte

Reichenbach • Mylau • Netschkau • Rotschau

Stellplatz: 18.30 Uhr, Gollestr. in Mylau, dann

öffentliche Versammlung

Abends 20 Uhr im Schützenhaus. Referent:

Genosse Fritz Sternberg, Berlin

Thema: Die bevorstehende Reichstagswahl

(Ein jedes Schutzbundmitglied hat sich restlos und pünktlich einzufinden. Sorgt für rege Progaganda in den Betrieben und an den Stempelstellen zwecks wiederum zahlreichen Versammlungsbesuche!)

SAPD. Ortsverein Breslau
Distrikt 21
In Ehren gedenken wir unseres Genossen
Paul Papier
der durch einen jähen Tod aus unserer Mitte gerissen wurde
Beerdigung: Donnerstag, 14 Uhr, Halle II (Tor 6), Oswitzer Friedhöfe. Beteiligung Pflicht!

KAFFEE HAG SCHONT

zu haben bei:
W. Krieger
Steinstraße 91 Telefon 306 39
Kolonialwaren :-: Delikatessen

Brieg
„Zur Glocke"
Gewerkschafts-, Sportler-, Parteilokal • Mühlstraße 13
Mittwoch, den 6. Juli 1932, bis 3 Uhr geöffnet

Lest den „Jungprolet"

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weidmann 3422
Donnerstag, 7. Juli
8.30 Uhr
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr:
Bei uns kleine Bilder!

Wo decke ich meinen Bedarf?

WESTEN

Täglich frische **Seefische u. Räucherwaren**
Richard Polke, Anderssenstr. 16

Schuhhaus
FRIDA HANDKE
führt nur **Leuthenstraße 28**
Qualitätswaren
bei billigsten Preisen!

Vogelfutter · Kolonialwaren
nur bei Ritter, Friedrich-Wilhelm-Straße 53

KABA
kalt getrunken in heißen Tagen
eisgekühlt
ist eine ganz besondere Erfrischung.
Das klein. Pak. 0.30 RM.
das große 0.60 RM.
Stets frisch bei:
R. u. J. Lux
Anderssenstr. 2
Leuthenstr. 52
Kolonialwaren

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Steinauer Str. 6
Emil Lüdeck

Genossen besucht nur die Lokale unserer Inserenten

Leinenhaus **Gotthard Völkel**
Friedrich - Wilhelm - Straße 51
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Paul Frühauf
Kolonialwaren usw.
Bergstraße 22

Maßschneiderei
Kürschnerei und Pelzpflege
Damenmäntel und Kostüme
P. Muschalle, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Etg. — Tel. 252 21

August Schneider Westend-Str. 68
Fabrik fein. Fleisch- und Wurstwaren —
I a Qual. - Niedrigste Preise - (Filialleiter: Erich Schmidt)

Schmelz ist und **bleibt billig**
Friedrich-Wilhelmstraße 25

Georg Heinrich, Posenerstraße 61
Kolonialwaren — Edeka-Geschäft

Restauration Traugott Kiese
Westendstraße 64
Treffpunkt aller Genossen
Angenehmer Aufenthalt — Niedrige Preise

Lebensmittel aller Art :: Drehrolle
Martha Kotschote Posener Str. 40
a Proz. Rabatt

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

Damen- u. Herren-Frisier-Salon
Max Tometzky, Friedr.-Wilhelm-Str. 90

Obst • Gemüse • Kolonialwaren
Erich Völkel • Bergstraße 30

Kolonialwaren **Karl Bothur**
Posener Straße 13 Tel. 27307

möbel im möbelhaus **das heim**
preiswert königsplatz 4

ZENTRUM

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus **Blasse** nur Graupenstr. 6/10

Metallbettstellen • Matratzen
Gasherde • Gartenmöbel
Beier & Olowinsky
Breslau, Herrenstraße 31

Sport und Funk
billigste und beste Bezugsquelle für alle Sportartikel und Radio-Geräte
Schweidnitzer Straße 20/21
(neben der Dorotheenkirche)

Drogen Farben Foto **Matthias** Gartenstraße 10

S. Zöllner, Herrenausstatter
Schmiedebrücke 64/65 • Ohlauer Straße 55, Ecke Poststr.

Angel-Geräte, Wäscheleinen und Bindfaden
im Spezialhaus Kaschube & Döring G. m. b. H.
Oderstraße 30

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche — Überall** empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Gräbschener Straße 19/21 • Bohrauer Straße 43 • Poststraße 7 • Moltkestraße 14

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Wo der Arbeiterblock entsteht!

Gewaltige Massenkundgebung der Weseler Arbeiterschaft! 6 bis 7000 Personen auf der Esplanade!

Wesel, 5. Juli.

Sonderbericht der SAZ

Der Aktionsausschuß des Arbeiterblocks hatte im Auftrage aller proletarischen Parteien, die Werktätigen Wesels, zu einer Protestkundgebung mit anschließender Demonstration auf der Esplanade (früherer Exerzierplatz) aufgerufen. Die Losungen: 1. Sturz der Regierung von Papen, 2. Nieder mit den Notverordnungen, 3. Krieg dem imperialistischen Kriege, 4. Schutz der Sowjet-Union, 5. Für Freiheit, Arbeit und Brot — für ein sozialistisches Deutschland und die Aufforderung sich in den Massenselbstschutz einzureihen, waren die gemeinsame Plattform.

Diese Kundgebung hat alle Erwartungen weit übertroffen. Solche gewaltige Kundgebungen haben selbst in den Jahren von 1918 bis 1920 nicht stattgefunden. Als unser Genosse Kirking die Veranstaltung eröffnete, war der Himmel dicht bewölkt und ließ nichts gutes erwarten. Trotzdem war die Esplanade von Menschen dicht gedrängt, und es strömten immer weitere Massen heran. Mit ein paar erhebenden Sätzen begründete Genosse Kirking die erforderliche Einheitsfront gegen den Faschistenterror und den Kampf um den Lebensstandard für die Werktätigen. Dann sprachen die Vertreter der Parteien. Genosse Heinrich Blechner für die KPD, Genosse Fritz Gaulke für die SPD, unser Genosse Bernhard Schmitz für die SAP und Heinrich Knop als Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses. Alle Redner schilderten den überhand nehmenden Faschistenterror, erläuterten die gemeinsamen Forderungen und stellten sich voll und ganz auf den Boden der Einheitsfront.

Die Begeisterung, die dadurch in die Massen kam, war erhebend. Spontan drangen die Beifallskundgebungen aus den Versammelten heraus. Der Beweis ist erbracht: daß die Arbeiterschaft durch den Kampfblock eine neue Perspektive sieht und von einem neuen Kampfeswillen erfaßt wird, um den Faschismus zu schlagen und den Sozialismus zu verwirklichen.

An die Kundgebung schloß sich trotz eines niedergehenden wolkenbruchartigen Regens eine nach Tausenden zählende Demonstration.

Mit Blumen überschüttet!

Schneeberg, 4. Juli. Di Einheitsfront gibt den Arbeitern den Glauben an die eigene Kraft wieder. Am Sonntag marschierten aufs neue 600 Arbeiter gegen Papen-Diktatur und faschistischen Terror auf, von der Bevölkerung freudig begrüßt und mit Blumen überschüttet. Gerber (SAP) und Böhm (KPD) hielten begeistert aufgenommene Ansprachen — die SAP-Ortsgruppe hat den Wahlkampf eröffnet, von den Häusern leuchten die Transparente: Wählt SAP Liste 17, Parole der SAP: Einheitsfront des Proletariats. Aufnahmen in die Partei und den Schutzbund wurden gemacht.

Erste Demonstration

Groß-Olbersdorf (Erzgeb.), 6. Juli. Endlichbrechen auch bei uns die Schranken der Parteibürokratie. Am Sonntag, den 3. Juli, wurde vom Einheitsausschuß Groß-Olbersdorf (Erzgebirge) die erste Demonstration durchgeführt. Der Spielmannszug des Turnvereins und die Schalmeienkapelle des Kampfbundes sorgten wechselseitig für die Marschmusik. Obgleich sich SPD und Reichsbanner noch nicht beteiligten, nahmen Mitglieder dieser Organisationen am Aufmarsch teil. Der Sonntagaufmarsch war der Beweis für die ungebrochene Kraft unserer Arbeiterbewegung. Die Einheitsfront wird erweitert werden.

•

In Ludwigshafen Gartenstadt wurde auf die Anregung der SAP ein Aktionsausschuß gebildet, in dem SPD, KPD, Arbeiter-Jugendorganisationen, Syndikalisten, Sport- und Kulturorganisationen vertreten sind. An die örtlichen Führungen der Arbeiterparteien ergeht die Aufforderung, den Arbeiterblock zu bilden, es besteht die Zuversicht, daß sich die Organisationen ihrer Verantwortung nicht entziehen werden.

•

In Oberhohendorf fand eine überfüllte öffentliche Versammlung statt, in der Max Seydewitz für die Einheitsfront sprach. Ein ISK- und ein KPD-Diskussionsredner fanden für ihre Bedenken wenig Anklang. Vorher demonstrierte der Schutzbund mit 200 Mann durch den Ort.

•

In Saalfeld (Thüringen) wurde eine nach gründlichen Bemühungen zustande gekommene allgemeine Arbeiterversammlung im Meininger Hofsaal durch sektiererische Reden des KPD-Vertreters Scherf und des aus der SAP ausgeschlossenen Besserwissers Titus-Scheler nicht gerade gefördert. Der Vorsitzende, Betriebsrat Coburger, konnte aber die Versammlung mit dem Appell auf Verstärkung der Einheitsfrontbemühungen und der Erwartung auf baldigen Erfolg schließen.

•

Eine ADGB-Ortsausschuß-Sitzung Neuß flog auf, da nach einem oppositionellen Antrag, von Bier (SAP) eingebracht, der von einem KPD- und einem SPD-Genossen unterstützt wurde, eine oppositionelle Mehrheit entstanden war.

•

In Forst (Lausitz) wurden am 3. Juli abends 50 Kommunisten verhaftet, der Führer der Antifa, der bereits einige Tage festgenommen war, trat in Hungerstreik und wurde nach Berlin transportiert.

Wie man nicht zur Einheitsfront kommt

Zwickauer Linke auf diesem Weg voran!

Immer größer wird die Sorge der SPD, daß die Einheitsfront zustandekommt. Auch der letzte Bezirksparteitag Zwickau war vor allem ihrer Abwehr gewidmet, „theoretisch vorbereitet" durch die eine Artikelreihe des neuen Volksblatt„chefs" Müller. Dennoch ging er noch zu weit, und schon für die Propagierung des Burgfriedens mit der KPD — die SAP, die in Zwickau organisatorisch gefestigter und aktionsfähiger als die SPD ist, „braucht man nicht zu beachten" — bekam er von dem Bezirksvorsitzenden in Planitz die Messe gelesen. Auf dem Bezirksparteitag selbst verkündeten die Vogel-Strauß Politiker, „daß sie die Sprache des Siegesvon morgen sprechen müßten", verteidigten dabei die Tolerierungspolitik (!) und propagierten die „Einheitsfront der Eisernen Front unter Führung der SPD". Die in der letzten Zeit bei der KPD etwas abgelegten Ladenhüter von der Einheitsfront mit sich selbst feiern bei der „Linken" jetzt fröhliche Urständ. Auch der „Sozialfaschismus" ist von der KPD zu ihr gewandert. Nach Müller machen nämlich SAP und KPD „in Einheitsfront mit dem Faschismus". Seydewitz wird zum „Anwalt der Nazis!" Päpstlicher als der ADGB wandte sich Müller gegen den „Burgfrieden" . . .

Die SPD ist nach der Spaltung im Zwickaur Bezirk nicht mehr der ausschlaggebende Faktor in der Arbeiterbewegung und wird es bei diesen „Linken" in Zukunft erst recht nicht sein. Dennoch werden wir kein Mittel unerschöpft lassen, um durch eine ehrliche zielbewußte Einheitsfrontpolitik auch ihre Widerstände zu brechen und das Proletariat für die Aktion gegen Kapital und Faschismus zu einen.

Auch Böchel enthüllt . . .

Die Chemnitzer Riesenkundgebung, die nicht zuletzt der ausnahmsweise einmal vernünftigen Haltung der KPD-Chemnitz verdankt war, sie hatte zur Teilnahme an dem großen Aufmarsch ohne alle Manöverforderungen aufgerufen, und das Echo der gemeinsamen Demonstration bei den sozialdemokratischen Arbeitern, hat auch die Spitzen der Chemnitzer „Linken" in helle Abwehrbewegung versetzt. In der „Volksstimme" schreibt sich Karl Böckel die Finger wund über die zwei Gesichter der KPD, veröffentlicht Auszüge aus den törichten KPD-Rundschreiben, läßt „Thälmann den Einheitsfrontschwindel der KPD" enthüllen . . . „jede auch nur die leiseste Konzession an die demagogischen Manöver der Kommunisten würde eine neue Aufspaltung der Arbeiterschaft und eine verhängnisvolle Schwächung der Kräfte bedeuten".

Sehr richtig — aber warum nur die Warnung vor der Demagogie, warum nicht zugleich auch die Hand zur Einheitsfront, wo sie von den kommunistischen Arbeitern wirklich dargeboten wird? Wo bleibt die Böckel'sche Bezirksleitung in Groß Olbersdorf, Ober Hohndorf usw., wo der Arbeiterblock sofort möglich ist? Und wo bleibt der Druck der Chemnitzer „Linken" auf die wahre Sabotage des Arbeiterblocks durch den Parteivorstand??

. . . Und die andere Couleur

Zahlreiche Meldungen besagen uns, daß KPD-Organisationen jetzt ehrlich versuchen, zur Einheitsfront zu kommen. Ebenso zahlreiche berichten das Gegenteil. Es geht offenbar drunter und drüber in der KPD. Zwei Beispiele für KPD-Sabotage: durch die Initiative der SAP kam in Bremen-Gröpelingen ein Einheitskomitee zustande, nachdem schon eine vorbereitende Sabotage der KPD überwunden war, sollte eine öffentliche Versammlung mit Scheible von der KPD und Ehlers von der SAP als Redner stattfinden. Der vereinbarte Einladungszettel sollte von der KPD vervielfältigt werden. Als der Zettel herauskam, waren sämtliche Abmachungen ignoriert. Unter Mißbrauch des Namens von SAP-Vertretern prangte die „Einheitsfront unter der Führung der KPD".

Reichsbanner- und sozialdemokratische Arbeiter, die schon ihre Mitarbeit zugesagt hatten, sagten wieder ab. Die dann als KPD-Kundgebung aufgezogene Versammlung, in der SAP-Genossen nur verkürzte Redezeit erhielten, führte zum vorläufigen Ende der Einheitsfront.

Ähnlich in einer öffentlichen Versammlung in Magdeburg. Der KPD-Redner Kreuzburg, ein ganz unverbesserlicher Bürokrat, wärmte die ältesten Ladenhüter über die einzigste revolutionäre Führung durch die KPD wieder auf. Ungeteilte Aufmerksamkeit erhielt unser Genosse Zumbusch in der Versammlung für unsere Forderung: „Erst Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen zum Block, die Frage der Führung wird im Kampfe selbst entschieden werden. Er erhielt stürmische Zustimmung. Kommunistische Engstirnigkeit über alles konnte man nach der Enttäuschung, die auch diese Versammlung wieder bedeutete, sagen, mit aller Entschiedenheit gilt es, für ihre Überwindung weiter zu kämpfen — Voraussetzung: eine starke SAP!

So wie die KPD Zwickau schafft man die Einheitsfront nicht

Trotz aller Bemühungen der SAP haben sich bisher alle anderen Arbeiterorganisationen in der Frage der Einheitsfront passiv verhalten. Am Sonntag soll das neue SA-Heim geweiht werden. Auf einmal begreift die KPD, welche Gefahr der Zwickauer Arbeiterschaft durch die Kasernierung der Mordbanden Hitlers droht. In einem Flugblatt wird von der KPD zur antifaschistischen Aktion und zur Einheitsfront gegen Papenregierung und Militärdiktatur aufgerufen. Als nächstes Kampfziel ist herausgestellt, die Errichtung der SA-Kaserne zu verhindern, durch Demonstrationen und Proteststreiks. Daß dies alles unter Führung der KPD und RGO geschehen soll, versteht sich am Rande.

Durch einen vorbereitenden Ausschuß, der eine Mitgliederversammlung der KPD war, zu dem ein SAP-Genosse als Erwerbslosenvertreter geladen und je ein Vertreter der SAP und KPDO ungeladen erschienen waren, sollte ein Einheitskomitee gewählt werden. Gedacht waren die Dinge so; alle Unterorganisationen der KPD sollten in diesem Komitee vertreten sein, von den übrigen Parteien sollte je ein Vertreter hinzugenommen werden.

Wir denken nicht daran, uns ins Schlepptau der KPD nehmen zu lassen. Einheitsfront? Jawohl, aber nur auf ehrlicher Grundlage.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

40. Fortsetzung.

Herr Schulze, das muß alles seinen Gang gehen. Aus Ihrem Sohn ist eine Sache: „Betr. Schulze" geworden.

Jetzt läuft die Maschine, und da kann keiner herausspringen. Der Junge hat unterschlagen und hat sich rumgetrieben, also ist er in Fürsorge gekommen. Er ist ausgerückt, also wird er gesucht. Er wird gesucht, also wird er gefunden und eingesperrt. Also kann er nicht mehr zurück. Er steht also draußen. Wer draußen steht, kann nicht mehr herein. Alle Türen sind verschlossen. Das Leben geht seinen Gang. Wer in die Maschine kommt, wird durchgedreht, bis er unten oder dahinten wieder hervorkommt. Und wer in der Maschine zappelt, wird totgequetscht. Lieg still. Schweig still. Ein Rad saust. Viele Räder greifen ineinander, damit Gerechtigkeit und Ordnung in der Welt bleiben. Herr Schulze sitzt einen ganzen Abend zu Hause. Er versäumt seine Gewerkschaftsversammlung. Den Kopf stützt er in beide Hände und denkt scharf nach: Also . . . Aber immer wieder kommt er dahin, daß diese Gerechtigkeit Unsinn sein muß. Er bemüht sich, objektiv zu sein, man kann von der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr verlangen als sie bietet — aber das hier ist Demaskierung des ganzen verrotteten Systems. Und sowas hat man bisher nicht gemerkt? Man lernt Einrichtungen am besten kennen, wenn sie am eigenen Leibe ausprobiert werden. Und wir leben in einem sozialen Volksstaat . . .

Herr Schulze überlegt weiter ganz scharf . . ., da ist ein Arbeiterjunge . . ., was hat er vom Leben gehabt? Da ist Hamburg und die Fremde . . . Der Junge verdient achtzehn Mark die Woche und dann ist es geschehen. Jetzt sieht der Funktionär Schulze alles ganz anders an, als es der Bürger Schulze damals tat. Was hat denn der Junge eigentlich getan? . . .

Bei dem Versicherungskonzern Weißstein in Frankfurt a. Main sind Millionenbetrügereien aufgedeckt worden. Der Generaldirektor und zwei andere Direktoren sind mit dem Flugzeug geflohen. Die Betrügereien müssen Jahre hindurch fortgesetzt worden sein.

Herr Schulze liest jeden Tag die Zeitung. Er liest jeden Tag von Millionenbetrügereien, von freien Neubauwohnungen, von Diebstählen, bei denen für dreißigtausend Mark Schmuck gestohlen wurde, von Untersuchungen auf Geisteszustände, wenn die Frau Regierungspräsident Versicherungsbetrügereien begangen hat und solche Sachen mehr.

Viele Menschen lesen das in der Zeitung. Viele Menschen sind arbeitslos und können das mit mehr Ruhe lesen. Sie können sich dann alle ihre eigenen Gedanken machen.

Verehrter Leser! Sie würden sich wohl auch Gedanken machen, wenn Sie, nachdem fast zweihundert Arbeiter zerquetscht wurden und erstickten, im Geschäftsbericht der Alsdorfer Grubengesellschaft lesen, daß die Dividendenhöhe von dem Unglück nicht berührt wird . . .

Herr Schulze grübelt heute besonders lange . . .

* * *

Herr Schulze hat drei Tage lang gegrübelt und dann hat er sich entschlossen.

Er hat so eine riesengroße Abneigung gegen alle öffentlichen Gebäude. Er will nichts mit der Polizei, Steuer und Rathaus zu tun haben. Aber dieses Leben ist so sinnvoll eingerichtet, daß alle öffentlichen Gebäude eng mit Herrn Schulze und all den anderen Schulzes und Schmidts verbunden sind, daß man da schon manchmal seine Meinung überwinden muß . . .

Und jetzt geht es um meinen Jungen, denkt Herr Schulze. Er ist ein unbescholtener Mann. Hat noch nie Unterstützung bezogen. Er ist Sozialist und Gewerkschaftler. Alles ist sauber und in Ordnung um ihn her.

Herr Schulze kennt diese und jene Größe aus der Partei. Jeder von ihnen gäbe ihm sicher eine gute Empfehlung an den Stadtrat mit.

Das hat Herr Schulze nicht nötig . . . Das Recht ist so sonnenklar auf seiner Seite. Da können auch Empfehlungen und Bonzenschmus nichts besser dran machen.

Aber als Herr Schulze dann im Vorzimmer des Stadtrats sitzt, neben drei, vier anderen Menschen, wünscht er sich doch so ein Schreiben von dem Genossen Soundso, der den Stadtrat kennt.

„. . . Herr Stadtrat läßt bitten . . ." quäkt ein Mann mit einer blauen Dienstmütze . . . und der lange schwarze Herr, der eine Ewigkeit aufgeregt in seinen Akten herumgeblättert hatte, entfernt sich nun voll öligsteifer Würde. Er sah aus wie ein Pfarrer, überlegt Herr Schulze, und die Aktenluft des Hauses legt sich ihm auf die Brust . . . Er rutscht auf seinem Stuhl immer hin und her. Betrachtet sich lange seine rissigen harten Hände. Dann schluckt er ein paarmal und überlegt den ersten Satz. Irgendwie muß er doch anfangen . . . Kurz und sachlich, damit der Stadtrat gleich richtig entscheiden kann . . .

Und als der Beamte mit dem gleichgültigen Gesicht unter der blauen Mütze hereinsieht und Herrn Schulze aufruft, ist der ganz ruhig. Wie auf dem Parteiabend, wenn er Kassenbericht gibt oder mal die Taktik der Partei verteidigt . . . Alles sauber und rechtlich. Alles mit der Ruhe . . . Alles muß seine Ordnung haben.

Stadtrat Höllig hat sehr viel zu tun. Immerzu klingelt das Telephon. Dann und wann schreibt er auch etwas auf ein Blatt Papier. Er ist zu Herrn Schulze sehr freundlich . . . Aber er hat doch so einen gelinden Zorn über diese ††† Sache Schulze. Wenn ihm jede Spezialsache so viel Zeit nehmen würde, dann gute Nacht, Verwaltung . . .

Ohne Zweifel macht Herr Schulze einen günstigen Eindruck. Solide, ehrlich, ordentliche Häuslichkeit, taxiert der Stadtrat . . .

Ja, aber an der Sache läßt sich nichts ändern. Der Junge muß erst wieder in die Anstalt zurück. Der Stadtrat hat sich in schnellem Blättern auf dem Schreiben der Anstalt festgelesen: „. . . erst wieder in die Anstalt zurück, erst dann kann entschieden werden . . ."

Das liest er mit besonderer Freundlichkeit vor. Und schließlich hat die Anstalt doch ganz recht . . . Wohin soll es denn führen, alle türmen schließlich, wenn sie dann entlassen werden können . . . das sagt er und poltert sich selber in eine joviale Entrüstung und Rechtschaffenheit hinein.

Herr Schulze aber kann das nicht einsehen. Man muß doch den Fall ganz von Anfang an sehen. Wie kam denn das alles . . ? Da waren die dreiundachtzig Mark und was hatte denn so ein Arbeitsbursche überhaupt vom Leben . . . mit seinem Wochenlohn von achtzehn Mark . . .

Der Stadtrat trommelt etwas nervös mit dem Unterschriftenstift . . . Ja, gewiß, mag schon sein, aber es geht wirklich im Augenblick nicht . . ."

„Ja, aber warum denn nicht . . ."

„Ordnung muß sein . . .!" Das ist eine klare Entscheidung.

„Und der Junge . . .?" Das ist eine naive Frage.

„. . . Ich bedauere, die Unterredung jetzt beenden zu müssen . . . sehr beschäftigt . . . und es geht wirklich nicht. Nach Paragraph soundso Reichsjugendwohlfahrtsgesetz machen Sie sich auch noch strafbar, wenn Sie den Jungen bei sich aufnehmen und ihn so gewissermaßen der Fürsorgeerziehung entziehen . . ."

Herr Schulze träumt . . . Paragraph soundsoviel . . . Gesetz . . . Ordnung . . . Revolution . . . Gerechtigkeit. „. . . Ich arbeite seit soundsoviel Jahren in der Partei . . . und ist denn dafür Revolution gewesen, daß man als Vater nicht mal über sein eignes Kind bestimmen darf, wenn man ihm helfen will . . ." Herr Schulze zittert jetzt . . . Er glotzt den Stadtrat ungläubig, ratlos, verzweifelt und dann in furchtbarer Wut an . . . Seine harten, roten Hände öffnen und schließen sich, als wollten sie in der Luft etwas greifen . . .

(Fortsetzung folgt.)

Neue Lohnkürzungen für Gemeindearbeiter

Endgültige Zertrümmerung des Tarifvertrages

Wer etwa der Meinung sein sollte, daß mit dem überall erfolgten Abbau der Gemeindearbeiterlöhne die durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 vorgeschriebene Anpassung an die Reichsarbeiterlöhne als durchgeführt gelte, geht gröblich irre. Das Reichsfinanzministerium ist vielmehr der Auffassung, daß dies nur auf die allerwenigsten Bezirke zutrifft. Zu diesen zählen: Oberschlesien, Pommern, Sachsen, Thüringen, Regierungsbezirk Breslau und Hannover. Das sind vornehmlich die Bezirke, wo die Gemeindearbeiterlöhne auf einem besonders tiefen Niveau lagen und die Anpassung darum leicht erfolgen konnte. Für alle anderen Bezirke fordert das Reichsfinanzministerium dagegen noch teilweise recht empfindliche Korrekturen nach unten. So wird beispielsweise zu der jetzt geltenden Regelung in Breslau-Stadt bemerkt, daß diese als eine Durchführung der Notverordnung angesehen würde,

„wenn die Stundenlohnsätze der über 24 Jahre alten Arbeiter der Gruppe I, II b, III a und III b spätestens vom 1. Oktober 1932 ab um weitere 6 Pfg. und die Stundenlohnsätze der Gruppe II a um 3 Pfg. — die Stundenlohnsätze Gruppe IV sowie des weiblichen Personals in den Kranken- und Pflegeanstalten entsprechend gesenkt werden".

Für die Stadt Breslau dekretiert der Reichsfinanzminister also einen weiteren Lohnabbau mit der Maßgabe, daß dieser bis spätestens 1. Oktober durchgeführt sein muß.

Hinsichtlich Berlin wird gesagt:

„Die getroffene Regelung würde als Durchführung angesehen, wenn der Stundenlohn (Höchstlohn) der angelernten männlichen Arbeiter ohne besondere Qualifikation auf 82 Pfg., für die männlichen angelernten Arbeiter mit besonderer Qualifikation auf 86 Pfg., für Handwerker auf 93 Pfg., für qualifizierte Handwerker auf 99 Pfg. ermäßigt und der wegen Arbeitszeitverkürzung vorgesehene Ausgleichszuschlag nicht über den 30. September hinaus gewährt würde."

Doch auch damit wäre der Notverordnung nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums noch nicht Genüge getan. Dieses hält vielmehr in allen Fällen eine Zusatzvereinbarung für erforderlich,

wonach die Lohnvereinbarung für Orte, an denen das Reich und die deutsche Reichspost die Ortslohnzulage nach dem 1. Juli 1932 senkt, mit dem Beginn des auf die Senkung folgenden Monats ihre Geltung verliert.

Damit bedingt sich das Reichsfinanzministerium die Möglichkeit aus, geltende Lohnregelungen jederzeit und ohne Rücksicht auf bestehende Tarife umzustoßen und die Gemeindearbeiterlöhne noch weiter zu unterminieren. Denn natürlich wird schon dafür gesorgt werden, daß eine solche Möglichkeit gegeben ist. Wenn man sich darum im vorigen Jahre noch da und dort in Gewerkschaftstarifen damit trösten zu können, daß es sich nur um einen einmaligen Eingriff in das Netz der Tarifverträge handle, so wird man jetzt wohl darüber im klaren sein, daß die Juni-Notverordnung vom vorigen Jahre nur ein Anfang war und daß nach der obigen Interpretation dieser Notverordnung durch das Reichsfinanzministerium das Tarifvertragswesen für die Kommunalbetriebe lediglich dem Namen nach noch besteht.

An diese Schrittmacher-Partei für den Faschismus, die die Hauptschuld daran trägt, daß die Nazi-Pest sich immer weiter ausbreiten konnte, die niemals energisch durchgegriffen hat gegen die faschistischen Ueberfälle, richtet die linke SPD heute ein Koalitionsangebot, sie bezeichnet sie als stärkste bürgerliche „nichtfaschistische" Partei. Sie hat nicht nur die letzten Jahre verschlafen, sie hat das Wesen des bürgerlichen Zentrums, das stets mit den stärksten Bataillonen geht, wenn es nur etwas herausschlagen kann, nie erkannt.

Mit dem Zentrum (und den Kommunisten!) will Laumann die antifaschistische Front mobilisieren, eine Wirtschaftspolitik erzwingen, die eine radikale Umstellung der Agrarpolitik bringt, die politische und ökonomische Macht der Monopole angreift.

Mit Thyssen gegen die Monopole! Mit Brüning, der den Schiele-Kurs in der Agrarpolitik deckte, eine radikale Umstellung! Mit dem Zentrum, das jede ideologische Klärung im Sinne der Arbeiterklasse sabotiert hat und sabotieren muß. — Sieg über den Faschismus!

Und als Kronzeuge für diesen unmarxistischen Dilettantismus wird noch Rosa Luxemburg angerufen, die gesagt hat, daß man die Gegensätze innerhalb des Bürgertums ausnutzen müsse. Niemals hat Rosa Luxemburg, die schärfste Bekämpferin des Millerandismus, gelehrt, daß die Arbeiterklasse in der Stunde der höchsten Gefahr ihren Totfeinden, die diese Gefahr mit heraufbeschworen haben, Bündnisse anbieten muß. Gewiß, Ausnutzung der Gegensätze innerhalb des Bürgertums. Aber das ist nur möglich durch eine eindeutige, grundsätzlich klare Haltung, die unter konzessionsloser Herausstellung der eigenen Ziele die eigenen Positionen stärkt, um dann einen Teil des Bürgertums zu zwingen, gegen den anderen Stellung zu nehmen. Die Spaltung der bürgerlichen Front kann nur das Nebenprodukt einer revolutionären Klassenpolitik sein. Erfüllt der ADGB seine geschichtliche Aufgabe, dann zieht er die christlichen Arbeiter in seinen Bann, und diese zwingen ihre Partei aus dem faschistischen reaktionären Block und nicht umgekehrt!

Gefährliche Selbsttäuschung

Zum Abschluß der Metallarbeiterbewegungen in Leipzig und auf den Seeschiffwerften

Unter der Ueberschrift „Der DMV setzt sich durch" wird vom DMV-Vorstand in der SPD-Presse über den Abschluß der Tarifkonflikte in der Leipziger Metallindustrie wie auch auf den Seeschiffswerften berichtet. Nach der Ueberschrift müßte man annehmen, daß hier der Deutsche Metallarbeiterverband große Erfolge erzielt hat. Doch wie sieht es in Wirklichkeit aus?

Auf den deutschen Seeschiffswerften versuchten die Unternehmer seit langem einen rabiaten Lohnabbau mit Verschlechterungen der allgemeinen Rahmentarifbestimmungen, vor allem Kürzung des Urlaubs usw. durchzusetzen. Ein vor vielen Wochen gefällter Schiedsspruch, der schon allerlei Abbaumaßnahmen vorsah, wurde von beiden Seiten abgelehnt. Da jedoch der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt wurde, benutzten die Werftunternehmer den eingetretenen tariflosen Zustand, um ihre Abbauwünsche durch ein selbstherrliches Diktat herabgesetzter Lohnsätze den Arbeitern aufzuzwingen. In Vegesack und Rostock weigerten sich die Arbeiter auf den Werften zu den verschlechterten Bedingungen zu arbeiten, weshalb sie ausgesperrt wurden. In den letzten Tagen beschlossen auch die Werftarbeiter in Kiel, in demselben Sinne wie ihre Kollegen in Vegesack vorzugehen. Unter dem Druck dieser Kämpfe bezw. Kampfvorbereitungen kam es nun zu zentralen Verhandlungen. Das Ergebnis ist, daß in Hamburg der Lohn der Gelernten um einen Pfennig, der Angelernten um zwei Pfennig, in allen übrigen Werftorten um 2 bezw. 3 Pfennig wieder erhöht wurde. Das ist gegenüber dem einseitigen Abbaudiktat der Unternehmer gewiß ein kleiner Teilerfolg aber in dem DMV-Bericht wird geflissentlich verschwiegen, daß die geringe Aufbesserung von 1—3 Pfennig auf den wenige Wochen vorher um 10—15 Pfennig gekürzten Lohnsatz erfolgte. Die Bewegung schließt daher mit einem sehr empfindlichen Lohnabbau ab.

Gewiß wissen auch wir, daß bei der außerordentlich schlechten Arbeitslage auf den Werften ein rein gewerkschaftlicher Streik sehr schwierig ist. Aber gerade deshalb fordern wir ein Aenderung der Kampfmethoden der Gewerkschaften, d. h. den politischen Massenkampf gegen die gesamte Kapitalistenklasse. Nur so ist es in der heutigen Situation möglich, jeden weiteren Lohnabbau zu verhindern.

In der Leipziger Metallindustrie liegt der Fall ganz ähnlich. Hier versuchen die Metallindustriellen schon immer die Lohntarifsätze den um etwa 5—10 Prozent niedriger stehenden Lohnsätzen der übrigen sächsischen Metallindustrie anzupassen. Sie erreichten auch, daß ein dementsprechender Schiedsspruch gefällt, aber von den Arbeitern abgelehnt wurde. Auch hier erfolgte keine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, worauf die Unternehmer eigenmächtig durch Anschlag die herabgesetzten Lohnsätze festsetzen. Die Metallarbeiter antworteten mit dem Beschluß, die Arbeit unter diesen Umständen zu verweigern. Darauf kam es zu Verhandlungen unter dem Vorsitz des Leipziger Oberbürgermeisters Goerdeler. Sie endeten mit einer Vereinbarung, wonach der Lohnabbau in zwei Etappen, ein Teil sofort, der Rest am 1. September, durchgeführt werden soll. Der ganze Erfolg des DMV besteht darin, daß ab 1. September der mittlere Stundenlohn um einen Pfennig höher liegt als im übrigen Sachsen. In einer Urabstimmung lehnten die Metallarbeiter dieses Ergebnis mit ziemlich großer Mehrheit ab. Aber die statutarisch vorgeschriebene Dreiviertelmehrheit zum Streik war nicht ganz erreicht, und so wurde die Vereinbarung für angenommen erklärt. Es steht demnach fest, daß die Unternehmer ihr Ziel fast restlos erreichten und die Leipziger Metallarbeiterlöhne erheblich abgebaut werden.

Wir sind der Auffassung, daß hier ebensowenig wie bei den Werften ein Anlaß zum Siegesjubel vorliegt. Es ist eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn angesichts solcher Ergebnisse behauptet wird: „Der DMV setzt sich durch." Mit einer derartigen Selbsttäuschung werden die Arbeiter nur von dem notwendigen Kampf gegen jede Art von Lohnabbau abgehalten. Wir wollen dabei nicht verkennen, daß es ohne die Tätigkeit des DMV noch viel schlechter wäre, aber das Bestreben der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften muß doch sein, nicht nur jede weitere Verschlechterung abzuwehren, sondern auch die viel zu niedrigen Löhne durch geeignete Kampfmaßnahmen zu verbessern. Erst wenn das erreicht wird, kann davon gesprochen werden, daß sich die Gewerkschaften durchsetzen.

Vorstoß der Opposition im DMV Düsseldorf

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben:

Die Vertreterversammlung im DMV Düsseldorf stellte zum Verbandstag nur Kandidaten der SPD auf. Daß in der Vertreterversammlung eine Mehrheit, wenn auch eine recht knappe, für die reformistischen Kandidaten vorhanden war, liegt an den Methoden, die die Verwaltung anwandte. Methoden, die absolut nichts mehr mit Demokratie zu tun haben.

Die Düsseldorfer Kollegenschaft wird sich mit diesen Machenschaften der Verwaltungsbürokratie noch näher beschäftigen.

*

Die Opposition lehnte die Kandidaten der Verwaltung mit der richtigen Begründung ab, daß diese Kandidaten, wenn sie als Delegierte zum Verbandstag gehen, nicht den Willen und die Meinung der Mitgliedschaft zum Ausdruck bringen.

Trotzdem die Verwaltung gegen die Opposition in einer ganz gehässigen Weise Sturm lief und trotzdem erklärte: „Die Mitglieder, die ihre Stimme dem oppositionellen Kandidaten geben, berauben sich selbst ihres Stimmrechtes, da diese Stimmen ungültig sind", war die Wahl ein voller Erfolg der Opposition. Die Verwaltung des DMV hat es bis heute (zwei Tage nach der Wahl) noch nicht für nötig gehalten, das Ergebnis der Wahl bekanntzugeben. Oder will man den Kollegen überhaupt nicht das Ergebnis mitteilen?

Um so lächerlicher ist es, wenn die Volkszeitung schon Montag das Ergebnis der Wahl in Benrath veröffentlichte, und zwar unter der Ueberschrift: „Wieder mal reingefallen!" (Nämlich die Opposition.) Benrath ist praktisch für den Ausfall der Wahl ohne jede Bedeutung, denn es wurden nur 28 Stimmen abgegeben, wovon die Opposition allerdings nur 4 Stimmen erhielt. Diese Berichterstattung ist so kindisch, daß sich jedes Kommentar dazu erübrigt.

Bei 14 Wahllokalen können wir das Ergebnis von 10 Wahllokalen bekanntgeben. Es erhielten in diesen 10 Wahllokalen die Kandidaten der Verwaltung:

Stahl . . .	526 Stimmen
Kißler . . .	468 „
Benner . .	394 „

Für jeden der drei Kandidaten der Opposition wurden

484 Stimmen!

abgegeben.

Die Wahl hat also bewiesen, daß die Auffassung der Opposition richtig war und die reformistischen Delegierten, die jetzt zum Verbandstag gehen, nicht als Vertreter der Düsseldorfer Kollegen dasitzen.

Die Koalitionspolitik ist bankrott — es lebe die Koalitionspolitik

Die Taktik der „Linken" SPD.

Während der Vorstand der SPD seine taktische Linie im Wahlkampf noch verschleiert, erhält er Unterstützung von seiner allergetreuesten Opposition, der sogenannten „Linken". In dem einstigen Oppositionsblatt, der „Ostthüringer Tribüne", erschien am 24. Juni ein Artikel des einst oppositionellen Kurt Laumann „Das taktische Ziel des Wahlkampfes", der ausspricht, was selbst Wels und Heilmann bisher nicht laut zu sagen wagten: das taktische Ziel des Wahlkampfes ist die Koalition mit dem Zentrum! Begründung: „Noch steht die stärkste bürgerliche nichtfaschistische Partei, das Zentrum, in ihrem Bestand unversehrt, in ihrer Organisation lebendig und im aktuellen Gegensatz zu Hitler und Papen. Diese Kräfte gilt es auszunutzen im Kampf gegen den Faschismus . . . Ist das dann nicht ein Hinarbeiten auf die Koalition? wird man fragen. Ja, so ist es!"

Diese Sätze muß man zweimal lesen. Und dann kann man der „linken" SPD nur Glück wünschen zu dem gesunden und tiefen Schlaf, in dem sie die letzen Jahre, besonders aber die letzten Wochen überdauert hat. Nichts hat sie davon gemerkt, daß die Zentrums-Politik unter Brünings Führung Stück um Stück preisgegeben hat von den antifaschistischen Positionen, über die die deutschen Arbeiter vor zwei Jahren noch verfügten: Tarifrecht, Koalitionsrecht und gewerkschaftliche Macht. Daß sie die Reichswehr schweigend zu einer einzigen Nazizelle werden ließ, wie der Nazi-Abg. Frank II kürzlich vor Gericht sagte, den Staatsapparat faschistisch durchsetzen ließ und ein demokratisches Grundrecht nach dem anderen beseitigte. Ja, die „Linken" haben offenbar nicht einmal gemerkt, daß durch die Tolerierung des Zentrums der Nazimann Kerrl preußischer Landtagspräsident geworden ist.

Der Raub an den Kriegsbeschädigten

Berlin, 4. Juli. (Eigene Meldung.) Ueber die Neuregelung der Kinderzulage der Kriegsbeschädigten sieht die Notverordnung vom 15. Juni 1932 folgende Rechtslage vor:

Vom 1. August 1932 ab wird für jedes eheliche Kind bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres dem Kriegsbeschädigten eine Kinderzulage gewährt. Ueber das 15. Lebensjahr hinaus kann diese Zulage weiter gewährt werden, wenn ein Kind bei Vollendung des 15. Lebensjahres infolge körperlichen oder geistigen Gebrechens außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, solange dieser Zustand dauert und der Beschädigte das Kind unentgeltlich unterhält. Diese Regelung gilt für alle Kriegsbeschädigten ohne Ausnahme. Handelt es sich jedoch um das Kind eines Schwerbeschädigten, so kann die Kinderzulage bis zum vollendeten 21. Lebensjahr auch dann gewährt werden, wenn das Kind bei Vollendung des 15. Lebensjahres die Berufsausbildung noch nicht beendet hat.

Erwerbslosigkeit ist demnach kein Grund zur Fortbezahlung der Unterstützung, sodaß diese auf Ausnahmefälle beschränkt bleibt.

Amerikanischer Weltrundflug

Harbour Grace, 6. Juli. Die amerikanischen Flieger Mattern und Griffin hatten bei ihrem Start zum Fluge rund um die Welt eine Brennstoffmenge an Bord, die für 25 Stunden ausreicht. Ihr Ziel ist zunächst Berlin. Sie wollen dann über Moskau und Nowosibirsk weiter fliegen.

Bedenkliche Töne

In der Bekämpfung revolutionärer Arbeiter hat sich das Zentralorgan des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine „Die konsumgenossenschaftliche Rundschau" schon manches Lob der Bourgeoisie verdient. Aber, was sich in Nr. 26 vom 25. Juni 1932 das sozialdemokratische Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine August Kasch leistet, dürfte wohl kaum zu übertreffen sein. Diese Geistesblitze des Sozialdemokraten Kasch sind wert, der Arbeiteröffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden. In seinem Artikel: „Rückblick auf die Tagung in Jena" schreibt diese Geistesgröße folgendes:

„Der tatarisch oder mongolisch-russische Kommunismus ist der Feind der deutschen Konsumgenossenschaften, deren Wesen das genaue Gegenteil dieses Kommunismus bedeutet. Heute liegt wieder die Gefahr vor, daß gute Freunde sich durch das Geschrei gegen den Faschismus den Blick für das von Moskau drohende Unteil trüben lassen. Ueber den Faschismus mag man denken wie man will: er ist ein Produkt des Bolschewismus. Das politische Leben besteht aus Reflexerscheinungen. Der Faschismus ist Reaktion auf den Bolschewismus. Die Entwicklung in Italien zeigt diese Tatsache so offensichtlich, daß man sie geradezu als Schulbeispiel bezeichnen kann. . . . wenn der deutsche Faschismus die Konsumvereine mißhandeln würde, könnten sich alle Genossenschaftler schuldbewußt an die Brust schlagen, die im Kampf gegen den Bolschewismus lau waren und ihn so indirekt förderten. In Italien hat der Faschismus die Konsumvereine zwar anfangs sehr rauh gepackt, sie dann aber in sein System aufgenommen. . . . Die italienischen Konsumvereine führen im Vergleich zu den russischen ein erträgliches Dasein. Ob die deutschen Nachahmer des Mussolinismus in dieser Einsicht so gescheit sein werden, wie der ehemalige Chefredakteur des sozialdemokratischen „Avanti" ist sehr fraglich; ihre Stärke liegt mehr in den Aeußerlichkeiten als im Geiste."

So August Kasch. Fast scheint es, als ob gewisse Sozialdemokraten unter allen Umständen den Beweis liefern wollen, daß sie sehr wohl auch in einem faschistischen Deutschland an verantwortlicher Stelle stehen können und auch wollen. Italien ist ja nicht ganz arm an Beispielen hierfür und soweit die Kaschs noch Sorgen haben, so lediglich, weil es noch „sehr fraglich ist", ob die deutschen Nachahmer des Mussolinismus in dieser Einsicht so gescheit sein werden, wie der ehemalige Chefredakteur des sozialdemokratischen Avanti . . . Mit einem echten Mussolinismus würde man sich also wohl abfinden, denn: „Die italienischen Konsumvereine führen im Vergleich zu den russischen ein erträgliches Dasein."

Nun, wir haben keinen Zweifel, daß Hitler nicht auch in dieser Hinsicht sich als emsiger Nachahmer Mussolinis erweisen wird. Sollten darum die Trommeln der „Eisernen" keinen anderen Zweck verfolgen als von Hitler diese Sicherheit zu erlangen — ein Argwohn, der nach der Mentalität Kaschs zu urteilen, nicht ganz unberechtigt ist — dann könnte man sich die Kosten gelassen ersparen.